

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Verbund Jugendnetzkarte nach dem Beispiel der Bundesländer Wien, Niederösterreich, Burgenland und Kärnten

GR. **Hohensinner** stellt namens von ÖVP, SPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Hohensinner: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Mein dringlicher Antrag betrifft die Jugendnetzkarte.

Das neue Top-Jugend-Ticket berechtigt 40 Prozent aller österreichischen SchülerInnen und Lehrlinge seit September für nur 60.00 Euro pro Jahr alle öffentlichen Verkehrsmittel ohne Aufzahlung für einzelne Strecken zu benützen. Genau diese Neuerung sensibilisiert Jugendliche im frühen Alter, den öffentlichen Verkehr regelmäßig in Anspruch zu nehmen. Erst kürzlich kam es jetzt auch neben Niederösterreich, Burgenland und Wien auch in Kärnten zu einer Einigung. Da es für steirische Jugendliche nicht einzusehen ist, warum die derzeitige Netzkarte mehr als doppelt so viel kostet und zudem auf eine bestimmte Zone beschränkt ist, beziehungsweise die Zeit für die Einführung ab dem nächsten Schuljahr drängt, sind die Verantwortlichen des Verkehrsverbundes Steiermark gefordert, einen positiven Abschluss zu erzielen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, der SPÖ und der Grünen folgenden

dringlichen Antrag:

Die Steiermärkische Landesregierung und der Verkehrsverbund Steiermark werden aufgefordert, die Verhandlungen zügig voranzutreiben, um auch steirischen Jugendlichen das Top-Jugend-Ticket zu Beginn des Schuljahres 2013/14 zu ermöglichen.

GR. Mag. **Fabisch** zur Dringlichkeit: Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Kurt! Wir werden natürlich diesem Antrag zustimmen. Du hast aber gerade früher von gemischten Gefühlen gesprochen, die haben wir auch bei diesem Antrag, an und für sich ein sozialer Antrag. Es ist für mich recht amüsant zu hören, welche Forderungen ihr hier im Gemeinderat stellen könnt, ohne dabei anzuführen, wer denn das bezahlen wird, bezahlen soll. Für die S-Bahnen im Land haben wir kein Geld mehr, ÖVP und SPÖ fahren einen sozialen Crash-Kurs im Land und dann kann ich diese Anträge, diese Art von Anträgen, wie sie hier vorliegen, nur als Wahlkampfgetöse verstehen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Mag **Haßler** zum Antrag: Liebe KollegInnen, lieber Kurt! Wir nehmen den Antrag nicht mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis, wir nehmen ihn mit Wohlwollen zur Kenntnis vor allem deshalb, weil du jetzt auf lokaler Ebene eine Initiative unseres Landesjugendsprechers Max Lercher aufgegriffen hast, der im Landtag einen Antrag gestellt hat für ein Jugendmobilitätskonzept, das auch einstimmig beschlossen wurde und das auch unter anderem diese Intentionen mitverfolgt. Deshalb werden wir gerne zustimmen, wenn du jetzt in Form einer Petition noch einmal nachlegst. Wir bitten euch nur auch innerhalb des ÖVP-Clubs, und du als Klubobmann hast da sicher

ein gewichtiges Wort mitzureden, dass du mit eurem Minister Mitterlehner auch Kontakt aufnimmst, der die Möglichkeit hat, um die Steiermark als Modellregion für dieses Projekt mitaufzunehmen, ich glaube, die Absicht hat er, und wir hoffen, dass es bald passieren wird. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Dreisiebner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Auch wir unterstützen diesen Antrag vollinhaltlich. Es ist für uns, gerade jetzt wenige Wochen nachdem man die Sozialcard beziehungsweise auch den Mobilitätsteil der Sozialcard beschließen konnte, wo ja SchülerInnen, Lehrlinge, Studierende leider nicht miteinbezogen werden konnten in die erste Stufe. Hier kommen wir wenigstens im Bereich der Lehrlinge und der SchülerInnen um etwa diesen Betrag, den die Sozialcard im Grunde für den Mobilitätsbereich kosten würde, mit hinein. Für die Studierenden wäre es schön, noch was zu tun und ich hoffe, wir werden da auch bei der Sozialcard bald eine Lösung finden. Wir halten es für ganz, ganz wichtig, dass man in diesem Alter, in dieser Altersgruppe und auch über diesen Bereich hinaus, also vielleicht bis 21 Jahre oder 20 Jahre, zumindest in Bälde dementsprechende ähnliche Anreizangebote, vergünstigte Angebote schaffen kann, schön wenn sie in stadtweit gelten und besonders schön, wenn sie dann über das ganze Bundesland gelten. Weil in diesem Alter sich natürlich entscheidet, wie ich meine Mobilität organisiere und wie ich meine Mobilität gestalte, ein Auto zu kaufen oder eben das nicht zu tun oder vielleicht es zumindest weniger zu nutzen, wenn ich schon eines besitze, das halten wir für wichtig und hier ist dieses Einstiegsangebot ganz, ganz toll. Es ist kein Wahlkampfschmäh, an den Kollegen Fabisch beziehungsweise die Fraktion der KPÖ, denn es ist positiv umgesetzt in der Ostregion in den drei Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland und es ist mittlerweile in Kärnten umgesetzt. Ich halte es nur für recht und billig, dass man das in der Steiermark auch schaffen und hier eine Petition zu starten beziehungsweise einen Vorstoß zu starten, wie durch den Kollegen Hohensinner, ohne gleich eine budgetäre Bedeckungsidee mitzuliefern,

zu kritisieren, also das halte ich auch für etwas sonderbar. Ich erinnere zumindest an mehr als zwei oder drei...

Zwischenruf GR. Baumann: 17.

GR. **Dreisiebner:** 17 sagt der Kollege Baumann, danke für die Hilfe, ich bin erst ein Jahr da, wo die KPÖ immer wieder Gebührenstopp, Gebühren runter oder Ähnliches mehr fordert, ihr habt ja damit nicht ganz unrecht, aber ihr habt euch auch niemals über die Bedeckung in euren Anträgen wirklich ausführlich Sorge gemacht. Wie gesagt, ich möchte es hier nur erwähnen, ich kritisiere euch nicht dafür. Also in diesem Sinne, ich hoffe, dass man das bald zum Ende bringt und dass man für die Leute in der Steiermark auch Ähnliches organisieren kann wie in Kärnten, Wien, Burgenland und Niederösterreich. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich unterstütze ebenfalls als unabhängiger Gemeinderat die Initiative von Kurt, ich glaube auch, wir sollten diese Möglichkeit nutzen, für die Jugend das auf den Weg zu bringen. Die Finanzen sind sicher an geordneter Stelle entsprechend zu regeln und Möglichkeiten zu finden. Wir haben heute beim Thema Rechnungsabschluss und provisorisches Budget sehr viel über die Verschuldung, über den Vermögensstand usw. der Stadt Graz gesprochen und wir wissen alle, dass die Lasten, die sich daraus ergeben, egal wie hoch man sie subjektiv einschätzt, im Wesentlichen die Jugend, die Kinder zu tragen haben werden. Ich denke, daher ist es wirklich Gebot an der Zeit, wirklich für die Jugend nach Möglichkeiten zu suchen, die Lebensmöglichkeiten, die Erwerbschancen, die

Ausbildungsmöglichkeiten, aber auch hier die Möglichkeit, entsprechend mobil zu sein abseits von Kfz, wirklich zu nutzen und zu verbessern. Ich glaube, das ist auch im Sinne eines Generationenausgleiches hier auch richtig, hier auch nötigenfalls die eine oder andere Geldsumme zugunsten der Jugendlichen zu verschieben, weil so rosiger ist einfach die Situation der Jugendlichen im Allgemeinen nicht, wie man es glauben mag und daher unterstütze ich diesen Antrag. Danke.

GR. Hohensinner: Es zeichnet sich wirklich eine breite Zustimmung ab, was mich sehr freut. Ich möchte mich da bedanken, möchte noch ein paar Worte finden zum Kollegen Fabisch. Er sagt, wer soll das alles bezahlen? Es gibt dieses Projekt in drei Bundesländern bereits, aber 2012/13 ist Kärnten auch dabei und wenn man sich das ganz genau angeschaut hat, kann man auch nachlesen, dass sich da ein bisschen was ändert nämlich im Abbau der Bürokratie und es ist mit nicht allzu viel finanziellen Mitteln in den anderen Bundesländern möglich gewesen, das umzusetzen. An die SPÖ sage ich, ich habe schon mit der SJ auch hin- und hergeschrieben heute, wir sind uns da ziemlich einig, was die SJ nicht weiß und der hohe Gemeinderat wahrscheinlich hier auch nicht, dass ich im Juni einen wortidenten Antrag eingebracht habe als normalen Antrag, um überhaupt die Verhandlungen einmal anzustoßen und ich habe auch, und das ist auch gekommen in einer Wortmeldung, mit dem Herrn Minister Mitterlehner Kontakt aufgenommen, der schreibt, dass er es gut findet, dass eine Initiative auch vom Grazer Gemeinderat ausgeht, er auch bereit ist, die gleichen finanziellen Mitteln für die Steiermark bereitzustellen. Er aber sagt, in den Verhandlungen sind einige Sachen aufgetaucht, die Verhandlungen sind ins Stocken gekommen, deswegen ist eine solche Initiative gut. Der Verbund bestätigt auch, dass die Verhandlungen ins Stocken gekommen sind, deshalb ist es gut und wichtig, dass man hier ein starkes Signal zeigt. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Unterführung Weixelbaumstraße/Aufnahme von Verhandlungen mit dem Infrastrukturministerium

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Kurze Abstimmung mit dem ÖVP-Clubobmann, ob ich eine lange oder kurze Berichterstattung machen soll. Kurz. Das Thema ist bekannt, das Problem ist noch immer vakant. Das Thema ist einfach: Können wir und wollen wir als Stadt Graz eine Lösung für den Stadtteil erwirken? Und ich darf vielleicht gleich zum Antragstext kommen, Frau Vizebürgermeister, ich glaube, du kennst die Thematik auch umfassend.

Ich darf den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

stellen: Der Gemeinderat beauftragt die Vizebürgermeisterin, ihre Verantwortung und Zuständigkeit als Verkehrsreferentin wahrzunehmen und mit dem Infrastrukturministerium raschest Verhandlungen aufzunehmen, um für den geschlossenen Bahnübergang Weixelbaumstraße eine für die AnrainerInnen zufriedenstellende Ersatzlösung zu finden. Ich ersuche um Annahme eines Schrittes zur Lösung des Problems für einen Stadtteil. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Dreisiebner** zur Dringlichkeit: Die Susanne ist noch immer am Verhandeln, macht nichts, ich wende mich dann trotzdem an euch. Wir unterstützen die Dringlichkeit

und den Inhalt dieses Antrages insofern, dass wir uns sehr freuen, hier ein Zeichen an die Frau Infrastrukturministerin beziehungsweise an die ÖBB zu stellen, denn diese Situation ist natürlich etwas, was Graz nicht verursacht hat und Graz auch nicht mit hohem Einsatz lösen kann, sprich: hohem budgetären Einsatz lösen kann und wird. Deswegen wäre es sehr wichtig und ich bin auch sehr froh, dass das aus den Reihen der sozialdemokratischen Fraktion kommt, hier bei der Ministerin Bures beziehungsweise über die Kontakteleute der sozialdemokratischen Fraktion vielleicht eine schöne Lösung herbeizuführen, die dort die Menschen zufriedenstellt, wiewohl natürlich auch in der Vergangenheit hier in der Stadt Graz versucht worden ist, aus dieser leidigen Situation heraus das Beste zu machen. Es gibt 300 Meter weiter ja einen Durchgang und einen Übergang beziehungsweise gibt es natürlich Möglichkeiten von Sammelbus usw. da wurde den Menschen was angeboten. Aber es wäre natürlich besser, es käme hier zu einer guten Lösung im Bereich der neuen HL-AG-Bahn und wir könnten diese Zusammenführung der beiden Bezirksteile weitertransportieren, vielen Dank (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Grosz:** Ein sehr wichtiges Anliegen, die Weixelbaumstraße, und ich habe es heute auch schon einmal in einer Gemeinderatssitzung gesagt, es ist ja schändlich, dass dieser Bezirk mit einem Mauerbau Marke DDR getrennt worden ist. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, vor allem die Antragstellerinnen und Antragsteller der Sozialdemokratie, ich meine, wenn mich nicht alles täuscht, ist die zuständige Verkehrsministerin die Frau Bures von der SPÖ, also ich meine, und da sitzen ja so gewichtige Persönlichkeiten der Sozialdemokratie im Grazer Gemeinderat, ihr werdet ja wohl eure eigene Verkehrsministerin anrufen können und ich frage mich, warum das nicht schon vor drei, vier Jahren passiert ist und der Verkehrsministerin...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Mag.^a Bauer: Das haben wir gemacht, darum haben wir ein Ergebnis.

GR. **Grosz**: ...aber noch einmal, ich erlebe sehr oft und ich habe im Laufe dieser Gemeinderatsperiode, die sich jetzt bald zu Ende neigt, mehrere Petitionen in diesem Gemeinderat erlebt, wo die Stadt Graz nicht einmal in der Klage war, die Petitionen ordnungsgemäß im Nationalrat einzubringen. Wo zig Petitionen hier ausführlich und mit sehr viel Energie und auch mit sehr viel Einsatz und Idealismus diskutiert worden sind und die Petitionen sind bei den zuständigen Regierungsmitgliedern nicht angekommen. Ich ersuche eindringlich im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner Weixelbaumstraße, Gösting im Allgemeinen, dass dieser Weg an die Verkehrsministerin endlich einmal zum Erfolg führt und nicht einmal mehr den Menschen Sand in die Augen gestreut wird. Weil davon haben die Leute auch schon genug. Dass man ihnen ständig etwas verspricht, sie wieder wie der Hase mit der Karotte an der Nase herumführt und dass schlussendlich die Situation, die dort ja nicht eine lustige ist, wieder bestehen bleibt. Daher könnte sich vielleicht die sozialdemokratische Fraktion da besonders gewichtig zeigen, auch gegenüber der Verkehrsministerin.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Ich werde einmal ausnahmsweise auf den Herrn Gemeinderat Grosz anschließen. Ich erinnere mich an die Verhandlungen zum Thema Nahverkehrsdrehscheibe, wo gemeinsam mit der Landesrätin beim Ministerium zwar ein gnädiger Termin erteilt wurde, die Frau Ministerin sich damals nicht herabgelassen hat, mit uns direkt zu verhandeln. Es gab weiters Verhandlungen zum Thema Briefe, Einladungen für die Frau Ministerin, nach Graz zu kommen, rund um die Frage der Bahneinstellungen Graz – Salzburg etc. Null Reaktion. Es gab natürlich

jetzt rund um den Murpark, den wir heute beschlossen haben, Versuche, mit dem Ministerbüro beziehungsweise mit der Ministerin selbst endlich einmal in einen Kontakt zu kommen. Null Reaktion, ich bin neugierig, ich bin gerne bereit, wieder einmal ein Brieflein zu schreiben. Die Brieflein, die ich bis jetzt an die Frau Ministerin geschrieben habe, wurden bis jetzt nicht beantwortet. Aber gerne ein weiterer Versuch (*Applaus Grüne*).

GR. **Mayr:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Vizebürgermeisterin hat schon gesagt, Kollege Grosz hat nicht immer Recht, aber in diesem Fall hat er sehr wohl Recht gehabt mit seiner Wortmeldung. Die ÖVP hat sich schon zur Dringlichkeit dieses Antrages bekannt, natürlich bekennt sie sich auch zum Inhalt. Aber eines ist schon klar, von der Seite der sozialdemokratischen Partei muss man jetzt, glaube ich, muss man jetzt schon sehr vorsichtig sein, dass man den Anrainerinnen und Anrainern der Weixelbaumstraße hier nicht Lösungsmöglichkeiten vorgaukelt, die dann im Nachhinein von der ÖBB oder vom Infrastrukturverkehrsministerium nicht eingehalten werden. Also das ist ein gefährliches Spiel, wir unterstützen das, wir hoffen daraus, jedes Gespräch macht Sinn, wenn man was erreichen kann. Die Vorzeichen sind aber andere und die Verantwortung dafür, wenn man jetzt wieder etwas versucht, was dann nicht gelingt, liegt ganz eindeutig bei der Fraktion der Antragstellerin (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer:** Ich habe dem Gerald Grosz schon gesagt, Entschuldigung, ich glaube, du hast was missverstanden, sondern wir haben vor einigen Gemeinderatssitzungen hier debattiert, wer setzt den ersten Schritt, wo sind Kommunikationshürden und ich habe meine Verantwortung als Gemeinderätin und

als SPÖ-Gemeinderätin wahrgenommen und versucht, diese Kommunikationshürden...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Binder: Die Vizebürgermeisterin hat versucht zu erklären, wie oft sie es versucht hat.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer:** ...diese Kommunikationshürden zu lösen und hier ist der Weg aufgemacht, es ist kein Sand-in-die-Augen-Streuen, sondern jede Möglichkeit wahrnehmen, zu einer Lösung zu kommen und das ist ein Beitrag, zu einer Lösung zu kommen. Ich bedanke mich herzlich für die Zustimmung von allen beteiligten Fraktionen und ich erhoffe, dass das nicht von vornherein, so wie ihr, wo manche die Untertöne gestellt haben, dass das Projekt zum Scheitern oder eigentlich heruntergeredet wird, das soll es nicht sein, sondern wir versuchen, es war immer das Kostenargument und wir haben gesagt, ok, wir wollen dazu beitragen und der Beitrag liegt hier vor und ich bedanke mich für die Annahme und ich bedanke mich für die Initiative deinerseits, Lisa (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Danke vielmals. Es war nicht das Kostenargument, es war keine Möglichkeit, über die Bahn zu gelangen und die Unterführung, die schon sehr viel Geld kostet, ist eine Tunnelröhre, die wir als Lösung, wenn ich so sagen darf, auch die ÖBB abgelehnt haben, Frau Gemeinderätin, weil wir mit dieser Lösung einen Tunnel haben, in den sich spätestens um 16.00 Uhr jetzt im Winter kein Mensch mehr hineintrauen wird. Das war ein großes Problem, deswegen haben wir nach Ersatzlösungen gesucht und ich hoffe, wir schaffen es jetzt eh gemeinsam. Vielleicht

fällt der Frau Bundesministerin was ein, aber wir waren irgendwie am Ende des Lateins und der Taxidienst, den wir eigens beschlossen haben, wird von wenigen, aber doch einigen Menschen angenommen, aber es ist halt einmal so, dass die neue Taktung der ÖBB natürlich auch wichtig ist und ein Sicherheitsrisiko auch weggefallen ist. Aber meine Bitte ist nur, machen wir nicht zuviel Hoffnung wieder bei jenen Menschen in Gösting, ich freue mich, wenn es zu einer Lösung kommt, ich kann es mir momentan persönlich nicht vorstellen, weil Drübergehen ist nicht aufgrund der Gefahren mit der Stromversorgung nicht machbar.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3) Wohnen im Park/Hirtenkloster: Rückbau der Bustrasse/Entschädigung

GR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Sprachmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Vertreter der Siedlung Wohnen im Park von der Bürgerinitiative, ich bedanke mich bei euch für euer Kommen. Die Causa Bustrasse durch die verkehrsberuhigte Siedlung „Wohnen im Park“ im Bereich des Hirtenklosters sollte ja in der Zwischenzeit dem Gemeinderat nach zig Anträgen und Anfragen hinlänglich bekannt sein. Nicht nur in diesem Haus war diese leidige Angelegenheit schon mehrmals Thema, auch die Medien beschäftigten sich mehr als einmal mit diesem zweifelhaften Projekt, ebenso die Bezirksvertretung, der Stadtrechnungshof, die Volksanwaltschaft usw.

Daher nur kurz zusammengefasst die Fakten: Trotz heftigster Proteste und des Widerstands der BewohnerInnen ließ sich Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker

als zuständige Verkehrsreferentin nicht davon abbringen, mitten durch die Siedlung „Wohnen im Park“ eine Buslinie durchzudrücken. Und obwohl von den BewohnerInnen eindringlich darauf hingewiesen wurde, dass sie diesen Bus nicht benötigen und ihnen ein kurzer Fußmarsch zu den vorhandenen Linienführungen lieber wäre, als einen Autobus mitten durch ihre verkehrsberuhigte Siedlung kurven zu sehen, fuhren heuer im Auftrag von Lisa Rücker die Baumaschinen auf und man begann mit den Arbeiten. Und das im Übrigen schneller als erlaubt: Denn wie der Stadtrechnungshof in seiner Prüfung feststellte, war nicht nur das Vergabeverfahren für diese Baumaßnahmen nicht korrekt erfolgt; für die von Lisa Rücker in Auftrag gegebenen Baumaßnahmen fehlten sogar die erforderlichen Genehmigungen.

Dass aufgrund dessen nunmehr ein Baustopp verhängt wurde, ist für die AnrainerInnen ein schwacher Trost. Nicht nur, dass die Verkehrsreferentin bereits angekündigt hat, die Bauarbeiten fortsetzen zu wollen, sobald alle Genehmigungen vorliegen, zudem leben jetzt die Menschen in dieser Siedlung statt in einem schönen, gepflegten Umfeld nunmehr seit Monaten quasi mitten auf einer Baustelle, und ein Ende des Schmutz- und Matschdramas ist nicht in Sicht.

Aber gerade dieser durch Verfahrensmängel erzwungene Baustopp eröffnet durchaus die Chance, noch einmal grundsätzlich die Sinnhaftigkeit dieses Projektes zu hinterfragen. Denn wenn eine solche Linienführung von einer klaren Mehrheit jener BewohnerInnen, die von dieser angeblich besseren ÖV-Erschließung profitieren sollen, aufgrund der im Umfeld bestehenden Bustrassen als nicht erforderlich abgelehnt und sogar als Belastung empfunden wird, kommen Zweifel am Sinn und an der Notwendigkeit dieser Trasse auf. Wobei im Sinne der AnrainerInnen aber noch eine weitere Frage zu klären ist: Wer kann für jene Belastungen zur Verantwortung gezogen werden, die dadurch entstanden sind beziehungsweise entstehen, dass aus „Wohnen im Park“ ein „Leben auf einer stillgelegten Baustelle“ wurde? Denn Faktum ist auch: Die Wohn- und Lebensqualität der AnrainerInnen ist nachhaltig beeinträchtigt – und das nicht aus ihrem Verschulden heraus.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz beauftragt die zuständigen Stellen zu überprüfen, welche Maßnahmen zu setzen sind, die derzeit stillgelegte Baustelle „Bustrasse Wohnen im Park/Hirtenkloster“ rückabzuwickeln und welche Kosten damit verbunden wären. Ein entsprechender Bericht ist dem Gemeinderat bis November vorzulegen.
2. Bis Vorlage dieses Berichts und der daraus resultierenden Entscheidungen des Gemeinderates ist der Baustopp für die Errichtung der Bustrasse auch dann aufrecht zu erhalten, wenn die offenen Genehmigungsverfahren abgeschlossen sind.
3. Des weiteren werden die zuständigen Stellen der Stadt beauftragt zu prüfen, wer dafür zur Verantwortung gezogen werden kann, dass die Bauarbeiten ohne korrekt abgewickelter Genehmigungsverfahren gestartet wurden und nunmehr wegen des dadurch veranlassten Baustopps die Wohn- und Lebensqualität der AnrainerInnen auf längere Sicht beeinträchtigt sind.

Bitte um Zustimmung zu diesem Antrag. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz:** Kurz, ich kann der Antragstellerin zu diesem Antrag gratulieren, jeden einzelnen Punkt, jeden Buchstaben, jeden Satz können wir unterstützen. Denn das, was hier passiert ist, dass erstens entgegen sämtlicher gesetzlicher Grundlagen, fehlender Genehmigungen, auch die Ausschreibung im Übrigen windschief, also dass das nämlich einer Behörde passiert, dass wir in Graz Schwarzbauten haben, die wir dann abreißen oder wenn der oder diejenige Investor genug auf den Tisch legt, nicht mehr abreißen müssen, das sind wir eh schon gewohnt. Aber dass mittlerweile die Behörde das kleine Einmaleins von Genehmigungsverfahren nicht mehr einhält, ist

eine neue Qualität der gesamten Diskussion. Zweitens, eine Busspur quer durch eine Wohnstraße zu führen, wo die Bürgerinnen und Bürger erstens sich darauf verlassen haben, dass die Lebensqualität, die Wohnqualität in ihrem Bereich weiterhin aufrecht ist, sie nachweislich von dieser Busspur in dem Ausmaß auch nie in dem Sinn aufgeklärt und informiert worden sind, weil dann hätte man sich auf das gar nicht eingelassen...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Binder: Stimmt überhaupt nicht.

GR. **Grosz:** So sagen es die Bewohnerinnen und Bewohner und ich habe im Gegensatz keinen Anlass, den Bewohnerinnen und Bewohnern nicht zu glauben, ganz im Gegenteil, ich habe meine Erfahrungen mit den Fraktionen dieses Hauses gemacht und da fehlt mir jegliche Glaubwürdigkeit. Das wird sich auch im Wahlergebnis am 25. November widerspiegeln für die eine oder andere Fraktion dieses Hauses, die jegliche Glaubwürdigkeit verloren hat. Ich glaube, im Gegensatz zu Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren von den Grünen und Grünen, im Gegensatz zu Ihnen glaube ich tatsächlich an die Bürgerinnen und Bürger, die uns auch geschildert haben, wie hier versucht worden ist, sie über den Tisch zu ziehen und sie in ihrer Lebensqualität, diese Lebensqualität zu beschränken. Daher stimmen wir diesem Antrag zu und wir werden auch weiterhin, und darauf bin ich sehr stolz, den Bürgerinitiativen dieser Stadt jeden Raum widmen, dass sie sich auch Gehör verschaffen, nicht nur hier im Gemeinderat, sondern darüber hinaus auch bei den Grazerinnen und Grazern, das ist ja ein Schandstück für eine Stadt, dass die Stadtverwaltung offenbar so gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger agiert, dass bei uns die Bürgerinitiativen wie die Schwammerln im Herbst aus dem Wald herauswachsen. Das ist ja ein Zeichen dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger den demokratischen Abläufen wie

Gemeinderat oder Stadtregierung nicht mehr vertrauen, wenn sie soviel Zivilcourage aufbringen müssen, dass sie Bürgerinitiativen machen, um zu ihrem Recht zu kommen, da kann ich den Bürgerinitiativen nur gratulieren und ich gratuliere noch einmal über alle Parteigrenzen hinweg der Antragstellerin, die das tadellos formuliert hat und den Nagel auf den Kopf getroffen hat (*Applaus BZÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich sage Ihnen sehr deutlich, dass der populistische Galopp, in den du jetzt gerade übergegangen bist, fehl am Platz ist. Unserer Beamtenschaft, unserer Verwaltung, die Korruption, in der aber wirklich unglaublichen Art und Weise vorzuwerfen, indem man sagt, man braucht da nur genügend Geld haben und kann dann Bescheide oder sonst was wieder in Ordnung bringen, ist einfach...

Zwischenruf GR. Grosz: Schaut in den Norden von Graz.

Bgm. Mag. **Nagl**. ...es ist einfach unmöglich und das stelle ich hier fest. Wenn es Verfehlungen gibt, Herr Gemeinderat, dann handeln wir sehr, sehr schnell und sehr, sehr deutlich. Aber eine generelle Pauschalverurteilung, wie es hier stattgefunden hat, will ich freiwillig als Bürgermeister massivst zurückweisen...

Zwischenruf GR. Grosz: Stadtplanung.

Bgm. Mag. **Nagl**: ...es ist einfach ganz, ganz schlimm der Stil, der auch durch dich hier in den Gemeinderat hereingetragen wurde (*Applaus ÖVP, Grüne und KPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Also Korruption hat es hier im Zusammenhang mit diesem Stück nicht gegeben. Was es gegeben hat, ist eine Entscheidung hier im Gemeinderat, einstimmig ursprünglich, die sich aber im Nachhinein für viele, die hier im Gemeinderat sitzen, als Fehlentscheidung herausgestellt hat. Wir haben uns, und da spreche ich für meine Fraktion, hier seit vielen, vielen Monaten in vielen Gesprächen auch mit den BewohnerInnen, wir haben auch mit den Genossenschaften gesprochen und die Situation vor Ort angeschaut und der Antrag wäre richtig und klug, ihn zu unterstützen, weil schlichtweg die Bewohnerschaft, die dort lebt und jetzt konfrontiert ist mit dieser Entscheidung, nicht gut leben kann. Und man soll das ernst nehmen, also man kann vielen Bürgerinitiativen oft vorwerfen, aber gerade diese Bürgerinitiative und die Menschen und Familien, die dort leben, haben in sehr sachlicher Weise immer wieder versucht, auch zu überzeugen, warum sie diese Bustrasse nicht möchten, nicht dass sie gegen den öffentlichen Verkehr sind und auch nicht, dass sie gegen eine Trassenvorsorge für einen Straßenbahnausbau was haben, aber eine Straße mitten durch ihre Wohnsiedlung, wo ihnen eigentlich versprochen wurde, dass das ein Wohnen, das verkehrsberuhigt ist, da hat man sie eigentlich schon hinters Licht geführt und das muss man einfach schlichtweg zugeben. Wir werden deshalb der Dringlichkeit und dem Antrag zustimmen. Man muss aber auch wissen, dass diese Maßnahme, die hier ganz konkret gefordert wird, auch bedeutet, dass ein Gemeinderatsstück vorbereitet werden wird, das diese Entscheidung zurücknimmt (*Applaus KPÖ*).

StR. Mag. **Eustacchio**: Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Ich hatte die Gelegenheit, anno dazumal vor Ort mir die Liegenschaft und die Bauvorhaben anzusehen und bin dann auch mitmarschiert, wie einige andere Kolleginnen und Kollegen auch aus dem Gemeinderat und Stadtsenat, im Regen, wo wir den Protest kundtaten gegen diese Baumaßnahme. Nicht, weil wir jetzt populistisch sein wollen und sagen, ja da sind wir halt gegen irgendwas, sondern wissen Sie, wenn man sich das wirklich vor Ort anschaut einmal und sich vor Augen führt, was dort für ein Skandal eigentlich getätigt wurde, dann ist das nicht der Vorwurf, dass dort geplant wurde, eine Straßenbahnführung zu machen, das ist nicht der Skandal, sondern dass man diesen Menschen dort verkauft hat Wohnen im Park.

Zwischenruf GR. Baumann: Wer hat das verkauft?

StR. Mag. **Eustacchio**: Das heißt, wunderschön links und rechts Zeilen, Häuerzeilen und in der Mitte ein grüner großer Rasen, wunderschön. Wohnen im Park, ich betone es, weil es Wohnen im Park heißt. Und auf einmal wird aus dem Wohnen im Park, Wohnen, ein bisschen Grünstreifen und Straße. Meine Damen und Herren, da sind Leute in die Irre geführt worden.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Binder: Aber nicht von uns.

StR. Mag. **Eustacchio**: Wenn ich dort eine derartige Planung vollzogen hätte im Vorfeld, wenn ich das ursprünglich geplant hätte, dann hätte man das baulich leicht machen können, man hätte die Baukörper näher aneinander bringen können, hätte trotzdem einen riesigen Grünstreifen gehabt und hätte links oder rechts von den Liegenschaften vorbei diese Trasse gemacht, das wäre möglich gewesen, das wurde nicht gemacht...

Zwischenruf GR. Baumann: Warum nicht?

StR. Mag. **Eustacchio**: Wurscht wer es macht, um das geht es nicht und das ist der Skandal und das ist der echte Skandal und das ist die Fehlplanung an dem Ganzen. Und es ist eine Genossenschaft, mit der die Stadt Graz laufend zusammenarbeitet, das heißt ja nicht, dass man sich hier aus der Verantwortung ziehen kann und sagt, mich geht das alles nichts an, das ist ein privatrechtlicher Vertrag, die Leute haben ihre Verträge nicht durchgelesen und die sind selber schuld. Ja, das ist zuwenig, man hätte die Verantwortung gehabt zu sagen, mit dieser Wohnbaugenossenschaft in Kontakt zu treten, da habt ihr die Leute nicht richtig informiert. Es gehört umgeplant, anders gemacht, so wie es jetzt gemacht werden soll, lehnen wir das ganz klar ab. Danken herzlichst für den Antrag und unterstützen den vollinhaltlich. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Ich möchte jetzt an dem Ort noch einmal, genau an dem Ort, nämlich in diesem Gemeinderat, in dieser Diskussion noch ein paar Dinge auseinanderklauben. Das eine ist, dass es interessanterweise im Jahr, wo der nächste

Wahlkampf sich annähert, offensichtlich ein paar Fraktionen gibt, die dieses Thema gerne populistisch verwenden...

Zwischenruf GR. Schröck: Das haben wir im Frühjahr schon thematisiert.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: ...von den einen war nichts anderes zu erwarten, von manchen bin ich durchaus überrascht. Aber das ist das eine Thema. Darauf will ich auch nicht weiter eingehen, Herr Schröck, Sie kriegen heute noch einen Herzinfarkt, setzen Sie sich einmal ruhig nieder. Das heißt, das eine ist, sich dem Populismus zu widmen, gehen wir nicht weiter darauf ein, das ist in Wahlkampfzeiten so. Das Zweite ist, dass es Bürger und Bürgerinnen gibt vor Ort, die natürlich aus welchen Gründen immer eine Meinung zu dieser Trasse haben (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*), und ein überwiegender Teil der AnwohnerInnen, die in diese Siedlung gezogen sind, ist gegen diese Trasse. Das ist für sich eine Tatsache, mit der wir auch umgehen müssen, das ist eine Realität. Eine Frage, wie die Information stattgefunden hat und wer dafür die Verantwortung hat, da haben wir schon viel drüber diskutiert, das ist so, sie haben ein Interesse, das leider dem Interesse widerspricht, das ich hier zu vertreten habe und ich bin die Stadtsenatsreferentin, die hier in einer Konsequenz von vielerlei Beschlüssen, und der erste Beschluss, nämlich wie dieser Bebauungsplanung und wie dort die Planung, Herr Stadtrat Eustacchio, wie dort der Bebauungsplan beschlossen wurde und wie dort das Architektenmodell, das damals die Grundlage für diesen Bebauungsplan war, wo damals schon beschlossen wurde, ÖV-Tasse für Bus und Bim, das war bitte unter dem Herrn Stadtrat Josel, das wissen wir ganz genau, Sie wissen es auch (*Applaus ÖVP und Grüne*), das heißt, fangen wir vor 12 Jahren an, als dieses Grundstück in die Planung geriet. Und jetzt komme ich wirklich auf die Rolle des Gemeinderates (*Der Bürgermeister läutet mit*

der Ordnungsglocke). Dieser Gemeinderat hat in den letzten drei Perioden achtmal, ob jetzt im Gemeinderat, mache davon waren Beschlüsse im Stadtsenat, achtmal alle Folgeschritte, alle einstimmig beschlossen. Ich als Stadtsenatsreferentin, die jetzt die Umsetzung erwischt, ist natürlich die Lisa Rücker, die plötzlich eine Bustrasse erfunden hat, das kann man populistisch verwenden, ist mir wurscht, das ist im Wahlkampf so, aber ich möchte noch einmal den Gemeinderat daran erinnern, dass sogar noch vor drei Gemeinderäten hier ein STEK beschlossen wurde, in dem wieder genau einstimmig beschlossen wurde, was wir dort...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Kahr: Nicht einstimmig, die KPÖ hat dagegen gestimmt.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: ...gegen die Stimmen der KPÖ, Entschuldigung Elke, das habe ich vergessen, aber immerhin wurde hier sehr breit ein Stadtentwicklungskonzept beschlossen, das auch die gleichen Prinzipien vertritt, die letztendlich dazu geführt haben, dass hier eine Bustrasse und eine Straßenbahntrasse rechtzeitig geplant wurde in einer Siedlung, wo jetzt die Menschen, das ist ihr gutes Recht, sich das nicht wünschen. Aber die Geschichte ist hier herinnen angesiedelt und die Geschichte, wie sehr der Gemeinderat sich selbst ernst nimmt auf diesem Weg, das können wir hier ablesen, und wenn wir so politisch entscheiden und mit unseren eigenen Grundlagen so umgehen, dann wünsche ich uns allen viel Spaß, nur bei dem kleinen Beispiel, das viele Millionen Euro kosten wird, Südwest-Linie. Ich möchte mir das anschauen, wie das dann darum geht, wenn man sagt, die Planungen beschließen wir, das viele Geld für die Planungen beschließen wir und wenn es dann um die Umsetzung geht, da werden sich auch Leute beschweren, mit Sicherheit werden sich Leute beschweren, weil sich in deren Wohngegend auch was ändern wird. Dann schaue ich mir an, wie man auf solchen Grundlagen handfeste und auch für die Zukunft gültige

Entscheidungen trifft. Das ist ein Lehrbeispiel und da haben wir alle miteinander hoffentlich für die Zukunft viel gelernt, was immer bei diesem Antrag jetzt herauskommt (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 18.45 Uhr den Vorsitz.

GR. **Mayr:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinitiative! Eines ist offensichtlich klar geworden in den letzten Minuten, dass sich die Situation jetzt, es ist lustiger Wahlkampf, definitiv nicht dazu eignet, bestimmte, wichtige Themen, im Speziellen auch für Sie, die dort Anrainerinnen und Anrainer sind am Hirtenkloster, in dieser Stimmung hier im Gemeinderat zu einer vernünftigen Lösung zu führen.

Zwischenruf GR. Eber: Ihr könnt ja zustimmen.

GR. **Mayr:** Eine kurze Information vielleicht noch im Nachhinein für den Stadtrat Eustacchio, es war nicht nur der Stadtrat Josel, der das damals federführend den Bebauungsplan und die Widmungsänderungen eingeleitet hat, es waren jetzt nicht irgendwelche seltsamen Planer, die da am Werk waren, sondern es war damals ein Wettbewerb, der zu diesem Ergebnis gekommen ist. Und die Beschlüsse haben über mehr als zehn Jahre im Endeffekt dazu gedient, eine Trasse, eine Straßenbahntrasse für die geplante Nordwestlinie zu sichern, und wir sind uns ja alle einig, und auch die

Anrainerinnen und Anrainer aus dem Bereich Hirtenkloster stimmen diesem wichtigen Thema zu, die Tassensicherung für die Straßenbahn ist unbestritten. Jetzt geht es im Konkreten um eine vorgezogene veränderte Verkehrsführung, nämlich bis die Straßenbahn realisiert wird, und vielleicht kann man noch dazu sagen, wir haben heute ein Gespräch gehabt mit dem Infrastrukturverantwortlichen der ÖBB für Kärnten und Steiermark, die Chancen für den Nahverkehrsknoten Gösting stehen nicht so schlecht, weil im Zuge des Ausbaus der ganzen Südbahn vom Semmering bis zum Koralm natürlich hier der Fahrbetrieb deutlich erhöht wird, wir wahrscheinlich zu einem drei-/viergleisigen Ausbau kommen werden und in diesem Zuge der Nahverkehrsknoten Realität werden könnte. Dann wird die Straßenbahn umso wichtiger. Es geht jetzt um diese vorgezogene Verkehrsführung für den Bus und ich glaube, hier sollte man in aller Ruhe die Gespräche, die bereits jetzt geführt sind, zu einem vernünftigen, zu einem Abschluss führen, wo alle Beteiligten eigentlich dann zu einer zufriedenen Lösung kommen und man vor allem in erster Linie auch die zukünftige Trasse der Straßenbahn sicherstellt (*Applaus ÖVP und Grüne*). Dafür ist nicht geeignet der Inhalt dieses dringlichen Antrages. Ich möchte vielleicht auch noch etwas kurz erwähnen, weil wir beim Stadtrechnungshofbericht auch heute waren; der Stadtrechnungshof stellt die Notwendigkeit dieser Trasse in keiner Weise in Abrede, ganz im Gegenteil, die Notwendigkeit dieser Trasse und die Beschlusslage für diese Errichtung ist absolut bestätigt worden. Also darum geht es und ich denke, wir sollten jetzt in aller Ruhe außerhalb dieses Wahlkampfgetöses die Verhandlungen mit den Bürgerinnen und Bürgern zu einem vernünftigen Ende führen. Die Trassensicherung sicherstellen, aber das machen wir nicht in einem dringlichen Antrag in einer lustigen Stunde hier im Gemeinderat...

Zwischenruf GR. Schröck: Die Sorge der Bevölkerung...

GR. **Mayr**: ...deswegen lehnt die ÖVP die Dringlichkeit dieses Antrages ab (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Sprachmann**: Liebe Lisa, sehr geehrter Frau Vizebürgermeisterin! Ich bin jetzt persönlich sehr betroffen, dass du diesem Antrag und uns, die gegen diese Bustrasse im Sinne von der dortigen Bevölkerung, von den dortigen AnrainerInnen sind, Populismus vorwirfst.

Zwischenruf GR. Baumann: Ist es ja.

GR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Sprachmann**: Denn genau dieser Populismus, den du uns vorwirfst, das ist nämlich Populismus, Lisa. Seit über eineinhalb Jahren, Entschuldigung, darf ich sprechen, seit über eineinhalb Jahren sammle ich Unterlagen betreffend von dieser Bustrasse durch das Hirtenkloster. Liebe Lisa, du bist herzlichst zu mir eingeladen, dass du dir diesen Stapel an Unterlagen anschaust hier, Bustrasse Hirtenkloster. Das ist nichts, das im Zuge vom Wahlkampf entstanden ist, das ist Faktum, dass es Probleme in diesem Bereich gibt, gibt es seit über eineinhalb Jahren. Und vor über einem Jahr hat es hier die erste Initiative im Gemeinderat gegeben, damit diese Bustrasse im Sinne der Bevölkerung nicht gebaut wird. Das ist ebenfalls aktenkundig und seitdem gibt es fast in jeder Gemeinderatssitzung einen Antrag oder eine Anfrage, meistens eben auch von der SPÖ mit Unterstützung von den verschiedensten Fraktionen hier, nur nicht ÖVP und nur nicht Grüne, betreffend von Verbesserung der Situation der Anrainer und Anrainerinnen bei dieser Siedlung beim Hirtenkloster. Die Anrainer und Anrainerinnen, die Bürgerinitiative hat zahlreiche

Aktivitäten und Aktionen als eine Form von Hilfeschrei gestartet, einen Hilfeschrei gegen die Politik, die hier veranstaltet wird von Seiten von Schwarz und Grün, und hier gibt es erst das letzte Flugblatt und dieses Flugblatt das lautet: Wohnen in Graz mit Bus, Straßenbahn und ÖBB-Haltestelle samt Baustelle gesucht. Dank Rücker gefunden bei Wohnen im Park. Das ist ein Hilfeschrei von den Bewohnern und von den Bewohnerinnen, es leben dort über 900 Personen und die leben zur Zeit in Gatsch und in Matsch bei Regen und es wird bald der Winter kommen, der Schnee, und die Folge davon ist, dass sich, was jetzt momentan hier passiert, das ist keine Lösung der Situation, keine Lösung des Problems. Das ist einfach, dass die Anrainer und die Anrainerinnen weiter in so einer Baustelle dann wohnen bleiben und etwas bekommen, das sie nicht wollten und ich sage euch und das ist jetzt das Letzte, das ich praktisch hier auch sage, wie früher die Elke Kahr richtig gesagt hat, es ist anscheinend eine Fehlentscheidung, eine Fehlentscheidung aus dem Grund, weil sie nicht im Sinne von den Anrainern und den Anrainerinnen ist und man sollte sich hier Fehlentscheidungen auch überlegen. Und wie das auch vielleicht so im Privatleben ist, dass man dann vielleicht auch bestimmte Rückabwicklungen macht und dass man für sich selbst zu einem Eingeständnis kommt und ich hoffe, dass irgendwann einmal dieses Eingeständnis auch hier im Gemeinderat von bestimmten Fraktionen erfolgen wird zum Schutz von den Anrainern und von den Anrainerinnen. Danke. Ich bedanke mich bei allen, die für diesen Antrag stimmen (*Applaus SPÖ und FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Unterbrechung des Gemeinderates von 18.50 bis 19.25 Uhr.**4) Sicherung und längerfristige Entwicklung der Grazer Sportstätten und Freizeiteinrichtungen**

GR.ⁱⁿ **Jahn** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Jahn**: Ich möchte gerne für meine Fraktion einen dringlichen Antrag einbringen, und zwar geht es um uns zwei zentrale Anliegen. Einerseits um das, wie weiter mit dem Grazer Ragnitzbad und andererseits um eine längerfristige Entwicklung bei den Grazer Sportstätten und Freizeiteinrichtungen. Die Stadt Graz verfügt über ein spannendes und vielfältiges Angebot an Vereinen und Verbänden, die unterschiedliche Sportarten anbieten sowie auch über dementsprechend notwendige Sport- und Freizeiteinrichtungen. Neue städtische Projekte wie das Bad Eggenberg oder die Dreifachhalle an der HIB Liebenau sind wesentlich, um den vielen sportbegeisterten Grazerinnen und Grazern, den Schulen und Sportvereinen ein adäquates Angebot zur Ausübung ihres Sports beziehungsweise auch zur Freizeitnutzung zu bieten.

Als Grüne haben wir in den letzten Jahren sowohl Neubauten als auch nötige Sanierungsmaßnahmen von Sport- und Freizeitanlagen, wie zum Beispiel die neue ASKÖ-Halle oder auch Renovierungs- und Umbaumaßnahmen beim ATG, natürlich unterstützt und so unterstützen wir auch die Überlegungen, die seitens des Sportamtes, das ich hier auch lobend erwähnen möchte für sein Engagement in den letzten Jahren im Bereich Entwicklung und Ausbau von Sportstätten, erwähnen möchte, haben wir auch die Pläne zur Liebenauer Eishalle unterstützt und ich gehe auch davon aus, dass das besonders in der nächsten Periode noch ein großes Thema hier herinnen werden wird.

Ein funktionierendes Sport- und Freizeitangebot für Vereine, Schulen und die Öffentlichkeit seitens der Stadt Graz und der Grazer Freizeitbetriebe sind für uns Grüne eine kommunale Basisaufgabe. Vor dem Hintergrund eines immer noch akuten Sportstättenmangels und dabei, wie wir alle wissen, geht es vor allem um die Ballsportarten und vor allem nicht nur um den Hobbybereich, um den Jugendbereich, sondern auch um diverse Kampfmannschaften, die in den Ligen spielen. Auch vor dem Hintergrund des sich ständig ändernden Freizeitverhaltens und finanzieller Ressourcen, die den vielen Plänen, die es gibt, manchmal im Wege stehen, schlichtweg eben nicht im ausreichendem Maße vorhanden sind, ist es aus grüner Sicht, sehr, sehr wichtig, dass man langfristig und nachhaltig plant, wo welche Sportstätten zu renovieren sind, welche auszubauen sind und welche überhaupt neu zu bauen sind, denn wir alle wissen, wir haben ja auch beim Stadion Liebenau in absehbarer Zeit einen Investitionsbedarf in Richtung Renovierung. Unserer Meinung nach sogar auch in Richtung Umbau, wir alle wissen, dass solche Vorhaben relativ viel Geld brauchen und man da wirklich einige Millionen auch vorsehen muss, um diesen verschiedenen Bedürfnissen auch nachzukommen.

Ich möchte im Antrag auch noch verweisen auf offene Projekte, wo es auch um die zukünftige Planung geht. Eines haben wir vorher schon besprochen, nämlich die neue Heimstätte für den LUV, für den Lehrlingsunterstützungsverein, ist ein Projekt, das uns allen am Herzen ist und das auch der Lösung harret. Eine andere Situation, die noch unklar ist, ist, wie es mit dem Trainingszentrum in Weinzödl weitergeht, weil, wie wir alle wissen, gibt es beim GAK viele offene Fragen und ist vermutlich davon auszugehen, dass der GAK nicht alleine das Trainingszentrum in Weinzödl bespielen wird und auch nicht kann, weil wir alle wissen natürlich, ein Regionalligaverein jetzt mit dem Bundesligatrainingzentrum allein schon aus der finanziellen Perspektive sich das nur sehr schwer ausgehen kann.

Ein konkretes Anliegen, das ich im Antrag auch anspreche, ist das Grazer Ragnitzbad. Es ist, glaube ich, kann ich sagen, für uns alle ein Bad, das sehr, sehr grundlegend zur Daseinsvorsorge im Bereich Freizeit und Sport auch beiträgt. Das nicht nur der

Bezirksbevölkerung ein wichtiges Anliegen ist und weswegen es auch dort schon mehrere Anträge gegeben hat zum Thema Erhalt des Ragnitzbades, und dieses Anliegen möchten wir hier auch im Gemeinderat dementsprechend unterstützen. Ich weiß, dass es seitens der Holding bereits Vorgespräche mit den Betreibern vom Ragnitzbad gibt, leider gibt es da noch nichts Konkretes, auch jetzt in Richtung Aufsichtsrat, wir hoffen aber, dass unser Antrag eine positive Bestärkung ist, dass die Holding auch in diese Richtung weiter die Gespräche führen wird.

Für die genannten offenen Fragen und großen Aufgaben, die es in der nächsten Periode auch zu lösen gibt, sind wir der Meinung, dass die Stadt, wenn es eine gute Strategie braucht, wo welche Sportstätten zu entwickeln, neu zu bauen, umzubauen, zu attraktiveren sind und gleichzeitig in der Zusammenschau auch ein Punkt, den ich gerne in meinem Antrag drinnen gehabt hätte, was dann aber technisch nicht möglich war, weil sonst ein zweiter Dringlicher gewesen wäre, ist natürlich der Aspekt, die Frage der Grazer Sozialcard, weil es helfen uns die besten Freizeit- und Sporteinrichtungen nichts, wenn sie preislich so gestaltet sind, dass die Bürgerinnen und Bürger und die Menschen in unserer Stadt sich diese schlichtweg nicht leisten können. Insofern möchte ich in dem Zusammenhang auch noch darauf verweisen, dass wir natürlich darauf hoffen und uns auch engagieren werden, dass die Sozialcard besonders im Bereich Sport und Freizeit auch ausgeweitet wird, ähnlich wie wir das bei „Hunger auf Kunst und Kultur“ schon haben. Aber wie gesagt, aus technischen Gründen, um nicht zwei Anträge in einem zu vermantschen, haben wir uns jetzt für zwei Antragspunkte entschieden und zwar stelle ich im Namen meines Klubs den

dringlichen Antrag:

1. Bürgermeister Siegfried Nagl wird ersucht, an die Holding mit dem Anliegen heranzutreten, ein Konzept für eine langfristige Absicherung des Ragnitzbades zu erarbeiten.

2. Im Sinne einer längerfristigen Entwicklung der Grazer Sportstätten und Freizeiteinrichtungen wird Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg ersucht, einen Entwicklungsplan für die Sportstätten und Freizeiteinrichtungen der Stadt und der Sportverbände zu erarbeiten, in dem der Investitionsbedarf bei den bestehenden Einrichtungen sowie der Bedarf an neuen Einrichtungen für die nächsten Jahre erhoben und eine Priorisierung vorgenommen wird.

Eine kurze Anmerkung sei mir noch erlaubt, weil der Herr Sportstadtrat vorher noch nicht da war, wie ich das gesagt habe, ok, dann glaube ich, ist das Lob für das Sportamt somit als angekommen und auch in deine Richtung als angekommen betrachten (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Bevor wir zu den Wortmeldungen kommen, es gibt den Antrag um eine getrennte Abstimmung dann bei beiden Punkten zu gehen.

GR. Mag. **Schönberger** zur Dringlichkeit: Liebe Christina Jahn, es freut mich, dass du dich so sorgst um den Sport in Graz. Ich muss ehrlich sagen, ich mache mir keine Sorgen um den Sport in Graz, weil in dieser Periode ist wirklich viel weitergegangen, unter unserem Sportstadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg haben wir große Würfe gemacht zusammen mit dem Sportamt und euch allen. Es ist die ASKÖ-Halle neu in Bau, es ist die Dreifach-Ballsporthalle, wie du gesagt hast, und es sagt ja schon, die Dreifachsporthalle für zum Beispiel Volleyball-Europameisterschaften, der Spatenstich war vor ein paar Wochen in Liebenau, es ist alles im Plan, es läuft sehr gut, sind viele Projekte umgesetzt worden. Ich kann nur sagen, in Gösting haben wir einen neuen Bezirkssportplatz in dieser Periode bekommen und auch für den Fußball, für die Jugendmannschaften, in Gösting ist nachgesorgt worden und der Wahlkampf hat begonnen, wie wir alle halt live miterlebt haben. Ich frage mich, warum wir Pläne

jetzt im Sport vorlegen sollen. Ich glaube, der Kollege Mario Eustacchio, ist gerade nicht da, aber ich glaube im Bereich Jagd und Fischerei könnte man auch Pläne fordern oder die SPÖ ist jetzt auch nicht vertreten, da gibt es ja auch den Bereich Soziales und Gesundheit, Kollegin Schröck und Kollege Grossmann leider auch nicht da, ja und da könnte ich jetzt fortführen bis zur Kollegin Kahr im Wohnbau, auch keine Pläne, gibt auch nichts. Also es wundert mich, warum jetzt der Sport heute herhalten soll, das muss ich wirklich sagen hier als Sportsprecher. Ich habe mir da noch was notiert, Wahlen, es sind weder die Wahlen noch geschlagen, noch haben wir irgendwelche Budgets beschlossen und die Ressorts sind auch noch nicht verteilt. Also ich würde sagen, die Dringlichkeit werden wir ablehnen, der Inhalt ist ja ganz ok. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Jahn**: Von Sportsprecherin zu Sportsprecher, ist richtig, die Ressorts sind noch nicht verteilt und schauen wir einmal, wer in Zukunft das Sportressort hat. Ich finde schon seltsam einerseits zu sagen, ja es ist richtig, stimmt eh und inhaltlich ist alles ok, was ihr da wollt und dann trotzdem dagegen zu stimmen, das ist ein bisschen ein Widerspruch, noch dazu, wo wir alle wissen, dass es große Brocken gibt auch an Vorhaben, wo wir uns alle gemeinsam nach der Decke strecken müssen. Bei der Eishalle zum Beispiel oder auch beim Stadion, und so gibt es viele andere Projekte auch, und ganz ehrlich, nur weil ihr euch keine Gedanken über die Zukunft dieser Stadt macht (*Applaus Grüne*), ist das noch lange kein Grund, so einen Antrag so niederzustimmen. Aber gut, wir haben die Meinungsfreiheit, insofern ist es jetzt wie es ist. Danke für die Unterstützung von den anderen Fraktionen (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

StR. **Eisel-Eiselsberg** zum Antrag: Liebe Frau Klubobfrau! Also eines muss ich ja gleich korrigieren, ich weiß, dass du es nicht so gemeint hast, dass wir uns keine Gedanken über die Zukunft des Sports und der Freizeit in der Stadt machen, das ist ganz sicher nicht so und du weißt das, dass das nicht so ist. Warum wir gegen die Dringlichkeit sind? Weil genau das Gegenteil der Fall ist. Wir haben uns sehr wohl ganz klare Gedanken gemacht, was in den nächsten Jahren in der Stadt Graz passieren muss im Sport. Ich möchte auch sagen, dass tatsächlich in der letzten Periode, in der ablaufenden Periode, rund 66 Millionen in die Sportinfrastruktur dieser Stadt gesteckt wurden, gemeinsam Stadt, Land, Bund und in den letzten zehn Jahren, wenn ich das aufsummieren darf, 100 Millionen. Das ist eine großartige Leistung, weil erhebliche Beiträge der Stadt Graz natürlich da auch dabei sind. Vor allem, wenn man sich vor Augen hält, dass das letzte Mal Mitte der 70er-Jahre großartige Bauten für den Sport in der Stadt Graz umgesetzt wurden und es ist ein Verdienst dieses Gemeinderates unter anderem auch, dass wir hier bedeutend weitergekommen sind. Und ich verhehle nicht, liebe Christina, dass du stets eine sehr, sehr gute Unterstützerin bei diesen Anliegen warst und es ehrt dich, dass du, auch wenn du jetzt deine politische Karriere in Graz zumindest einmal unterbrichst, dir auch Gedanken machst, was in den kommenden fünf oder zehn Jahren in Graz passiert und ich verspreche dir, dass sogar ich mir da schon sehr, sehr intensiv Gedanken darüber gemacht habe. Wir haben auch zu einem Sportgipfel eingeladen Ende April dieses Jahres, wo wir alle Dachverbände, also die Vertreter großer Vereine, in der Stadt Graz eingeladen haben und erhoben haben, was ist notwendig, was ist geplant, wo sind die Bedürfnisse und was wollen wir eigentlich mittelfristig umsetzen. Wir sind da über Union, ASVÖ, ASKÖ, ATG, VGT alleine jetzt zu Projekten gekommen, die ein Volumen von 35 Millionen haben. Nicht inkludiert die von dir angesprochene Eishalle, nicht inkludiert notwendige Umbaumaßnahmen beim Stadion Liebenau, und da spreche ich jetzt nicht von dem wünschenswerten Konzept mit Überplattung des Vorplatzes, sondern ich spreche jetzt nur von den Maßnahmen, die im Stadion zu setzen sind, wenn wir noch ein Länderspiel wollen. Wenn wir in europäischen Bewerbungen dabei sein wollen, müssen wir auch ins Stadion investieren, sprich: bei der

Beleuchtung, sprich: bei den Umkleidekabinen, sprich: bei den Flächen, die wir den Medienvertretern zur Verfügung stellen, das alleine macht sieben Millionen aus. Das heißt, wir haben das alles zusammengetragen, wir haben eigentlich die Bedürfnisse allein von den Summen für die nächsten zehn Jahre locker erhoben und es wird daran sein, dass wir diese Projekte dann auch entsprechend beurteilen, mit Priorität versehen als Sportressort, dann in Budgetverhandlungen gehen und dann schauen, wie der Gemeinderat zu dem steht und es ist ja schön, ich freue mich, dass du mir zugestehst, dass ich auch in der nächsten Periode Sportreferent bin, aber das bin ich noch nicht, da dauert es noch ein bisschen. Aber ich werde es sehr gerne sein, wenn das der Fall ist. Und ausschließlich aus diesem Grund, weil ich oder auch das Sportressort, und sollte ich nicht Sportreferent sein, die Kontinuität der Verwaltung ist gewährleistet mit dem Gerd Peinhaupt. Wir haben diese Projekte alle, sie liegen uns vor, wir haben sie auch beziffert, wir wissen, was wir in dieser Stadt noch brauchen, dringend brauchen, was die Vereine brauchen, was die Grazerinnen und Grazer brauchen, nur deswegen meinen wir, dass die Dringlichkeit tatsächlich nicht gegeben ist. Und es liegt im Wesen dahin, dass du Sportsprecherin bist mit Überzeugung und mit Leidenschaft, dass du dir jetzt den Sport herausgepickt hast. Kollege Schönberger hat das angesprochen, diese Programme könnten wir natürlich für alle einfordern und keiner wüsste, wie geht die Wahl aus, keiner wüsste, wie sind die Ressorts verteilt und keiner wüsste, wer hätte das zu verantworten. Nur deswegen sind wir gegen die Dringlichkeit, alles andere sind wir vollinhaltlich bei dir (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Jahn**: Nur eine kurze Antwort auf den Herrn Sportstadtrat. Erstens danke für die Klarstellungen aus Sicht der ÖVP und zweitens, ich glaube dir voll und ganz, dass dein Herz für den Sport schlägt. Das ist, glaube ich, unzweifelhaft und da gibt es auch niemanden da herinnen, der das in Zweifel ziehen würde, genauso wie meines auch,

und genau deswegen kommen eben auch zu diesem Zeitpunkt solche Anträge. Danke für die Zustimmung (*Applaus Grüne*).

Der Punkt 1) des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Der Punkt 2) des Antrages wurde einstimmig angenommen.

5) Appell an die Partnerstadt St. Petersburg zu homophober Gesetzgebung und Menschenrechtsverletzungen in St. Petersburg

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Geschätzte KollegInnen! Die Christina hat in ihrer Wortmeldung schon von Meinungsfreiheit gesprochen und um so etwas geht es auch in meinem dringlichen Antrag, und zwar geht es um einen Appell an die Partnerstadt St. Petersburg bezüglich homophober Gesetzgebung und Menschenrechtsverletzungen in der Region und in der Stadt St. Petersburg. Hintergrund ist folgender: Im März diesen Jahres unterzeichnete der Gouverneur der Region St. Petersburg ein Gesetz, das, Zitat: „alle öffentlichen Aktivitäten zur Werbung für Unzucht, Homosexualität, Bisexualität und Transgender-Identität, sowie Pädophilie“ zum „Schutz der Kinder“ verbot. Absurd ist dieses Ansinnen, absurd ist auch die Kombination, dass es mit Schutz für Kinder verknüpft wird, was damit überhaupt nichts zu tun hat, denn gemeint ist, alles was Öffentlichkeitsarbeit, alles was an sich Meinungsfreiheit und Äußerung von den Meinungen betrifft, in den Bereichen Homosexualität, Bisexualität, Transgender, gemeint damit ist auch, alles von Broschüren, von Selbsthilfegruppen bis hin zum simplen Fahنشwenken, was ich nachher noch erläutern werde. Ein ähnliches homophobes Gesetz gibt es bereits in drei russischen Regionen und zu

einem davon ist bereits eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof anhängig.

Damit nimmt also, mit dieser Gesetzgebung, nun die Verfolgung von Minderheiten in Russland eine neue Dimension an. Ihr alle habt ja auch verfolgt, wie es mit Pussy Riots und anderen Oppositionellen und nicht in das herrschende System passenden Personen geht, wie mit ihnen umgegangen wird, wie der Rechtsstaat missbraucht wird, um extreme Strafen zu verdonnern, nur weil Personen ihre Meinung äußern, und im konkreten Fall geht es sogar noch um einiges weiter, es wird damit auch AIDS-Prävention und alle mit diesem Bereich verbundenen Aktivitäten werden unter Strafe gestellt. Dass das Ganze nicht nur Theorie ist, sondern bereits praktiziert wird, das macht uns eben unsere Partnerstadt St. Petersburg vor. Sofort schon im April und im Mai 2012 sind bei den ersten friedlichen Protesten gegen dieses Gesetz Menschen, nur weil sie die Regenbogenfahne geschwenkt haben, verhaftet worden. Leuten, denen das passiert, droht zusätzlich auch noch eine hohe Geldstrafe bis hin zu einem gesamten Jahresgehalt oder sogar etwas mehr davon. Wichtig ist es, dass diese Menschenrechtsverletzungen auch von uns, die wir jetzt eine Partnerstadt sind und Menschenrechtsstadt sind, nicht unkommentiert bleiben sowie auch auf anderen parlamentarischen Ebenen, zum Beispiel Europaparlament usw., die Leute sich schon damit befassen, um eben laut zu protestieren und zu sagen, dass es in einem Europa des 21. Jahrhunderts undenkbar ist, dass es solche Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des Rechts auf Redefreiheit usw. gibt.

Und das Beschneiden fundamentaler Menschenrechte sowie Diskriminierungen sollten daher auch, wie wir meinen, nicht ohne eine Stellungnahme der Stadt Graz an St. Petersburg bleiben, wenn wir nämlich unserer Verantwortung als Menschenrechtsstadt auch über die Grenzen der Stadt unseres Wirkungsbereichs hinaus ernst nehmen wollen und ein deutliches Signal setzen.

Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Die Stadt möge in ihrer Verantwortung für die Wahrung der Menschenrechte auch über das Grazer Stadtgebiet hinaus und in ihrer speziellen Verantwortung betreffend die Zusammenarbeit mit ihrer Partnerstadt St. Petersburg wahrnehmen und unter Federführung von Herrn Bürgermeister Siegfried Nagl einen Appell an die Partnerstadt St. Petersburg (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) richten hinsichtlich der Wahrung der Menschenrechte von homo-, bi- und transsexuellen Menschen. Bei der Erarbeitung dieses Appells soll unter Umständen auch die Expertise von Menschenrechtsinstitutionen, wie beispielsweise jene des Menschenrechtsbeirates, einbezogen werden (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Ich danke all denen, die verstanden haben, worum es bei diesem Antrag geht und die verstanden haben, was unsere Verantwortung als Menschenrechtsstadt ist. Diejenigen, die aus mir nicht nachvollziehbaren Gründen das weder dringlich noch relevant finden, euch kann ich auch nicht helfen, ich bin sehr froh, dass die anderen sehr wohl sehen, dass wir eine besondere Verantwortung haben und solche groben Menschenrechtsverletzungen nicht unkommentiert bestehen lassen können und ich danke für die Unterstützung (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

6) Künstlerhaus Graz – vertragliche Absicherung der Nutzungsmöglichkeiten für steirische Künstlervereinigungen

GR.ⁱⁿ **Bergmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Das Künstlerhaus am Burgring wurde vom Land Steiermark im letzten Jahr umfassend saniert, und ein neues Konzept zur Betriebsführung und künstlerischen Bespielung wurde angestrebt. Das Künstlerhaus ist derzeit in der Universalmuseum Joanneum GesmbH verankert.

Der Verein Medienturm bekommt nun einen Betriebsführungsvertrag vom Land Steiermark, in dem er auch die Agenden der künstlerischen Leitung übertragen bekommt.

Das Haus wurde ursprünglich unter Mitwirkung und finanzieller Beteiligung der fünf größten steirischen Künstlervereinigungen initiiert und gebaut. Aus diesem Grund wurde damals die Nutzungsmöglichkeit für die jährlichen großen Jahresausstellungen der Künstlervereinigungen für die Zukunft vertraglich vereinbart. Diese Vereinbarung wurde nun vom Land Steiermark für null und nichtig erklärt und die Vereinigungen auf die Straße gesetzt.

Viele Gesprächsversuche von Seiten der Künstlervereinigungen haben bis heute keine Wirkung erzielt. Selbst das Angebot, die Ausstellungszeit pro Vereinigung von früher vier Wochen auf zwei Wochen zu reduzieren, blieb unerhört. Die Künstlervereinigungen haben nun eine Klage gegen das Land Steiermark eingebracht. Das Angebot von Seiten des Vereins Medienturm ist leider keine langfristige Absicherung, da dieser selbst nur einen befristeten Vertrag mit dem Land bekommt.

Für die Stadt Graz haben das Künstlerhaus und die Künstlervereinigungen einen durchaus hohen Stellenwert, sind doch sehr viele Grazer Kunstschaffende in diesen Vereinigungen tätig. Diese leisten einen großen Anteil am Kunstgeschehen in Graz

und haben ein Recht darauf, ihre Werke auch in Graz in einem entsprechenden Rahmen zu präsentieren.

Von Seiten des Grazer Kulturreferenten, Herrn Stadtrat Michael Grossmann, wurde das Anliegen durchaus unterstützt.

Ich stelle im Namen der KPÖ-Fraktion folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, mit einer Petition nochmals an die zuständigen Stellen im Land Steiermark heranzutreten und die vertragliche Zusicherung zur Benützung des Künstlerhauses für die Jahresausstellungen der betroffenen Künstlervereinigungen einzufordern (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Binder** zur Dringlichkeit: Liebe Ina! Du hast den dringlichen Antrag eingebracht und ich stimme dir zu, es ist kein Umgang mit den Künstlervereinigungen, wie der Herr Landesrat Buchmann das gepflegt hat in dem Fall, dass er gar nicht erst mit sich reden hat lassen. Es lässt sich sicherlich eine Regelung treffen, die auch diesen Künstlervereinigungen ein Mehr an Sicherheit, und zwar über diese drei Jahre hinaus, geben soll. Wir haben heute im Ausschuss, im gemeinsamen Ausschuss, also Finanzausschuss und Kulturausschuss, nicht umsonst dieses Stück zurückgesetzt und es soll in der nächsten Gemeinderatssitzung, nehme ich auch an, verändert eingebracht werden. Wir haben alle gesagt, wir wollen darüber noch reden, vor allem auch im Kulturausschuss, wie wir diese Sache sehen und deswegen werden wir der Dringlichkeit auch nicht zustimmen, weil dieser Beschluss heute ganz eindeutig gefasst wurde (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Titz**: Liebe Ina, werte Damen und Herren! Ich muss doch etwas aufklären, diese fünf mal zwei Wochen, also es ist nicht so, dass es dort keine Ausstellungen mehr geben darf der Grazer Kunstvereine, sondern diese fünf mal zwei Wochen wurden ihnen von Sandro Droschl angeboten. Das war zuwenig, vor allem war es ihnen zuwenig, bis 2017 quasi die Vertragsmöglichkeit zu haben und ich bitte doch, in der Kultur Abstand zu nehmen auch von dieser romantischen Vorstellung, dass eine Bindung an ein Objekt auf ewig bestehen müsste. Das wäre genauso, wie wenn man sagen müsste, die styriarte und der steirische herbst müssen auf ewig in der List-Halle spielen. So sehr es auch wünschenswert ist, dass wir ein innerstädtisches Ausstellungshaus haben und das jetzt auch sehr gut adaptiert wurde, so wenig entspricht es doch den zeitgenössischen Gepflogenheiten des Ausstellungsbetriebes, eine solche Ewigkeitsklausel, wie das im Nach-Romantizismus vielleicht üblich war, nie wieder quasi oder auf immer heutzutage noch in einen Vertrag einzuführen. Also ich verstehe durchaus, dass das Land Steiermark, wenn es einen Betreiber mit Sandro Droschl gefunden hat, und das braucht es ganz dringend, weil die Selbstverwaltungsmodelle dieser Grazer fünf Künstlervereinigungen, das darf man durchaus sagen, weil es der Historie entspricht, an Zwistigkeiten innerhalb der Künstler gescheitert ist, hat dieses Modell durchaus seinen Charme, wenn man sagt, man macht das einmal bis 2017 einen Vertrag und garantiert bis dahin den Bestand, wobei ja wir alle wissen, und ich bin ja auch hier gestanden und für die Künstlervereinigungen eingetreten, dass es über diese fünf Jahr hinaus noch, wie auch immer die Vereine dann ausschauen mögen, das ist nämlich der nächste Punkt, dass sie sich relativ stark in ihrer personellen Zusammensetzung und damit auch im künstlerischen Wert verändern, dass es über diese fünf Jahre dann darüber hinaus noch natürlich im Sinne der Stadt ist, dass sie dort drinnen ihre Ausstellungen haben können. Also bitte, auf die kurze Formel gebracht, fünf mal zwei Wochen bekommen die Grazer Künstlervereinigungen bis 2017 zugestanden, das ist ihnen nicht recht, sie haben eine Klage gegen das Land eingebracht und ich finde, dass das in der Kulturpolitik ein ganz schlechter Weg ist, man sollte in der Kultur die Kommunikation und den Konsens pflegen und nicht mit der Brechstange...

Zwischenruf GR.in Binder: Das muss man dem Herrn Buchmann auch sagen.

GR. Mag. **Titz**: Ja, die Klage wurde von Frau Lang von der Berufsvereinigung eingebracht. Ja, ich war auch bei diesen Treffen teilweise dabei, also die waren dort alle vorhanden und zugegen, haben aber den Mund nicht aufgemacht, die Künstlervereinigungen, das muss man auch sagen. Also wenn man dort schon hinkommt, sollte man sich dann auch um seinen Teil wehren und zumindest die Stimme erheben und nicht über den Kadi ausrichten lassen, was man möchte. Insofern finde ich, dass weder der Dringliche in diesem Fall gerechtfertigt ist, weil die Information, liebe Ina, leider nicht richtig ist, also dass sie das nicht bekommen haben, stimmt nicht und der Antrag selbst, da gehen wir dann auch nicht mit, weil das eine Konsequenz daraus ist, dass es nicht dringlich ist. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Ich möchte dir, Kollege Titz, schon sagen, das ist mir schon bewusst, dass der Verein Medienturm den Vereinigungen das angeboten hat. Aber hier geht es, glaube ich schon, um grundsätzlichere Sachen und man kann natürlich, es ist anscheinend der Zug der Zeit, dass alles aufgelöst wird, dass alles sehr kurzfristig bedacht wird, aber die Künstlervereinigungen bestehen jetzt schon etliche Jahrzehnte und wenn du ihnen jetzt eigentlich voraussagst, dass sie eh nicht mehr weiterbestehen, dann finde ich das schon etwas eigenartig. Es tut mir leid, dass hier ein Teil der Kunstschaffenden sozusagen keine Unterstützung von Seiten der Stadt Graz bekommt. Danke (*Applaus KPÖ*).

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Binder: Das stimmt nicht.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Allgemeine Wehrpflicht: Schreiben an den Bundesminister; Petition an den Bundesgesetzgeber

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Am 20. Jänner 2013 soll nun die viel diskutierte Volksbefragung zum Thema „allgemeine Wehrpflicht oder Berufswehr“ stattfinden. Im Rahmen dieser Volksbefragung werden aus sicherheitspolitischer Sicht entscheidende Weichenstellungen für unser Land vorgenommen.

Bereits in meinem dringlichen Antrag vom 18.11.2010 bekannte ich mich eindeutig zur allgemeinen Wehrpflicht. Dieser Motivenbericht wurde auch vor zwei Jahren mit Mehrheit angenommen. Der wesentliche Inhalt dieses damaligen Antrages war, dass es mir darum gegangen ist, die Wehrpflicht in der österreichischen Gesetzgebung wieder zu verankern oder besser zu verankern und eben die Wehrpflicht als Teil der Gesellschaft zu rekrutieren.

Ich möchte heute auf einen anderen Gesichtspunkt zu sprechen kommen. Abgesehen von der erst erwähnten Punktation von dieser Argumentation gilt es, einem weiteren

wesentlichen Punkt besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die eventuelle Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht wäre nämlich ein wesentlicher staatspolitischer Eingriff und würde die Gebietskörperschaften aller Ebenen zu umfassenden Umstrukturierungen zwingen.

Zahlreiche zivile Versorgungseinrichtungen würden ihrem aktuellen Aufgabenbereich kaum nachkommen können, da vor allem der medizinische Versorgungs- und Betreuungssektor zu einem nicht unwesentlichen Teil von Zivildienern getragen wird. Es sind daher auch kommunale Vertretungskörperschaften angehalten, meinungsbildend tätig zu sein.

Im Zuge der gegenwärtigen Diskussion um die allgemeine Wehrpflicht entstand durch wohl ausgewählte öffentliche Auftritte diverser militärischer Vertreter der nicht zutreffende Eindruck, ein sehr großer Teil der Führungsebene des österreichischen Bundesheeres stünde hinter der Einführung der Berufsarmee. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass bei zahlreichen Informationsveranstaltungen des österreichischen Bundesheeres Offizieren durch Ministerweisung ein Verbot erteilt wurde, für die allgemeine Wehrpflicht zu werben.

Da nun die Gefahr besteht, dass das Bekenntnis zum Berufsheer in der Öffentlichkeit den einzelnen Vertretern des Bundesheeres vom zuständigen Minister geradezu befohlen wurde, sehe ich die politischen Kräfte aller Ebenen gefordert.

Gerade bei einem derart wichtigen Thema sollte eine ausgewogene Meinungsbildung, die alle Ansichten ausreichend berücksichtigt, angestrebt werden.

Aufgrund der Aktualität gegenständlicher Diskussion und der Bedeutung dieses Themas auch für die Stadt Graz stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird höflich ersucht, namens des Gemeinderates der Stadt Graz den zuständigen Bundesminister Darabos auf schriftlichem Wege höflich zu ersuchen, bei künftigen Informationsveranstaltungen sowie in Druckwerken des österreichischen Bundesheeres zu gegenständlichem Thema die Befürworter der allgemeinen Wehrpflicht aus den Reihen des Bundesheeres angemessen zu berücksichtigen und zu Wort kommen zu lassen. Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Fabisch** zur Dringlichkeit: Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Herr Mag. Korschelt, lieber Harry! Von uns natürlich volle Zustimmung zu diesem Antrag, es steht sehr viel Gescheites drinnen, er hat den ganzen Volltext ja nicht gelesen, in seinem Antrag liest man zum Beispiel auch, dass ein Heer, das seine Soldaten aus der Gesamtbevölkerung rekrutiert, nicht gegen die Gesellschaft eingesetzt werden kann. Wird sich nicht als Machtfaktor verselbständigen und ist politisch nicht instrumentalisierbar, darum geht es. Interessant ist die Position der SPÖ. Vor kurzem noch wurde Wehrpflicht in Stein gemeißelt vom Herrn Darabos, von einem Tag auf den nächsten ist das Gegenteil davon zu hören. Wieder Herr Minister Darabos. Aus meiner Sicht übrigens einer der großen Enttäuschungen dieser Regierung, nicht die einzige (*Applaus KPÖ und FPÖ*). Die SPÖ hat den Herrn Großindustriellen Androsch zum Leiter eines Komitees für ein Ende der Wehrpflicht gekürt und er spricht aus, wofür er ein Berufsheer für nötig hält. Um im Europäischen Verbund in Zusammenarbeit mit der Nato einsatzbereit zu sein, die Rohstoff- und Energiequellen zu verteidigen, die Transportwege, die Seewege und die Pipelines. Mit einem Wort, er denkt an Angriffskriege, nichts anderes, und das wenige Tage vor dem 26. Oktober, wo wir, wie Sie wissen, meine Damen und Herren, den Nationalfeiertag feiern, eingedenk dessen, dass das österreichische Parlament an diesem 26. Oktober die immer währende Neutralität beschlossen hat. Und diese immer währende

Neutralität ist genau das Gegenteil von Battlegroups, ist genau das Gegenteil von Militärübungen ausländischer Soldaten auf österreichischem Boden, auch das haben wir, sogar in der Steiermark, ist genau das Gegenteil von Überfluggenehmigungen der Nato-Flieger für ihre Kriegseinsätze und ist genau das Gegenteil dessen, wozu wir laut Androsch ein Berufsheer brauchen. Danke (*Applaus FPÖ und KPÖ*).

GR. **Herper:** Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Position ist ja auch hinlänglich bekannt, dass ich für die Wehrpflicht, für die Debatte eintrete, auch öffentlich. Es gibt ja zwei Positionen, eine sicher gewichtigere durch Bundeskanzler und Verteidigungsminister in der SPÖ und eine auch durch andere Persönlichkeiten repräsentiert und es hat sich auch der Landeshauptmann der Steiermark schon kritisch zu Wort gemeldet. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass wir zu einer Debatte der Sachlichkeit zurückkehren müssen und nicht der Polemik, deswegen stimme ich dem Vorschlag der Salzburger Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und ihres Stellvertreters Wilfried Haslauer zu, die für Salzburg ganz konkret als Beispiel auch für den Bund und für andere Bundesländer nach Schweizer Vorbild ein Abstimmungsbüchlein produzieren, wo beide Seiten pro und kontra einerseits Wehrpflicht, andererseits Berufsheer vorkommen und ich sehe, dass dann auch mittels auch profunder Kenner der Materie die Vor- und Nachteile der einzelnen Modelle vor der Volksbefragung im Jänner klar zu kommunizieren sind. Wir werden gemeinsam mit der ÖVP einen solchen diesbezüglichen Vorschlag einbringen, ich bekenne mich zu einer Dialogform, ich bekenne mich, die Vor- und Nachteile aufzulisten. Wir werden auch gemeinsam, er als Präsident, ich als Vizepräsident der Gesellschaft für Landesverteidigung und Zivilschutz in der Steiermark, öffentliche Veranstaltungen propagieren und unterstützen, die auch die Argumente beider Seiten präsentieren werden. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schneider**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben das ja eh schon einmal diskutiert. Andreas Fabisch, ganz so leicht ist es leider nicht, dass eine Armee, die aus der Bevölkerung rekrutiert ist, nicht auch gegen die Bevölkerung sich wieder wendet, die Geschichte ist leider voller Beispiele, dass halt Leute, denen man Waffen in die Hand gibt, damit auch einen Blödsinn machen und große Untaten anrichten. Wichtig ist, glaube ich, dass eine Gesellschaft reif ist, sage ich einmal, das auch entsprechend richtig einzuschätzen und das ist jetzt nicht die Frage, ob es jetzt ein Berufsheer oder ein Heer mit Wehrpflicht ist, das hat damit sehr wenig zu tun, das sagt uns die Geschichte auch. Ich meine, Vergleich Vereinigte Staaten – Türkei zum Beispiel, aber gut. Außerdem ist etwas sehr Richtiges in dem Antrag, nämlich, dass es eine objektive Information der Volksabstimmungen geben sollte, schon längst in Österreich, dem allgemeinen Darabos-Bashing werden wir hier aber nicht folgen. Dieser Minister hat auch seine Verdienste übrigens, aber gut, auch eine andere Diskussion. Interessant ist vielmehr, dass zuerst hier von einer Petition an den Bundesgesetzgeber gesprochen wird, hinten geht es dann aber an den Herrn Minister Darabos adressiert. Also jetzt ganz nach der klassischen Lehre der Gewaltentrennung ist der eben nicht der Bundesgesetzgeber, aber da kann man sicher auch politikwissenschaftliche Diskussionen führen. Wir werden jedenfalls im Sinne dieser objektiven Information, die bei jeder Volksabstimmung auch auf Basis entsprechender klarer gesetzlicher Regelungen stattfinden soll, einen Abänderungsantrag stellen, wonach eben gemäß auch dem Schweizer Vorbild diese Informationsbroschüre, die seriös ist, wobei beide Teile dargestellt werden, grundsätzlich und immer bei Volksabstimmungen, also als Teil des entsprechenden Gesetzes auch ausgeschickt werden muss. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Korschelt**: Nur noch einmal, Kollege Schneider, nur ein Satz, ohne Wehrpflicht auch kein Zivildienst, mehr brauche ich nicht dazusagen.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Dr. **Piffli-Percevic** zum Antrag: Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen! Karl-Heinz Herper hat schon angekündigt, die Volkspartei hat der Dringlichkeit zugestimmt und wird auch dem Antrag vom Kollegen Korschelt zustimmen, dieser richtet sich an den Herrn Bundesminister, sozusagen seinen Maulkorberlass gegen seine Offiziere und Unteroffiziere zurückzunehmen. Wir haben ja gesehen bereits an einem leuchtenden Beispiel, sein oberster Offizier, der General Entacher, hat ja von der Disziplinaroberkommission beim Bundeskanzleramt Recht bekommen und zwar in folgender Weise, ich bin selber Beamter, hätte mir das aber nie vorgestellt, dass das auch so rechtens ist. Er hat sogar die Pflicht, die Meinung kundzutun, dafür ist er auch unabsetzbarer Beamter, das ist das eine. Offensichtlich versucht der Herr Bundesminister trotzdem noch, gegenüber den niederrangigeren Leuten sozusagen hier einen Maulkorb durchzusetzen. Wir begrüßen daher diesen Antrag. Der Abänderungsantrag vom Kollegen Schneider greift aber um einiges zu kurz, denn er will an die Stelle dieses Appells an den Minister, sogar die eigene Fraktion stimmt dem aus wohlüberlegten und nachvollziehbaren Gründen zu, die grüne Fraktion möchte also jetzt den Herrn Minister Darabos schützen offensichtlich, du hast uns ja verschwiegen, welche Meriten er hätte, ich stelle das nicht in Abrede, aber ich wäre interessiert zu hören zu bekommen und ob die dann so stark sind, dass er sozusagen aus der Schusslinie genommen werden sollte. Dein Abänderungsantrag geht nämlich dahin, nur den Bundesgesetzgeber für künftige weit vor uns liegende Volksbefragungen so ein ausgewogenes Informationsverfahren vorschreiben zu lassen. Wir stellen daher gemeinsam mit der SPÖ-Fraktion, und es ist auch abgestimmt mit dem Antragsteller, den Zusatzantrag, ich lese ihn vor:

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen: Herr Bürgermeister wird weiters ersucht, an Herrn Bundesminister Mag. Norbert Darabos heranzutreten, der Bevölkerung die wesentlichen Entscheidungsgrundlagen für die Volksbefragung am

20. Jänner 2013 ehestmöglich zur Verfügung zu stellen. Diese sollten eine ausgewogene, seriöse und informative Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile des Bundesheeres auf Basis der allgemeinen Wehrpflicht gegenüber einem Berufsheer, die wesentlichen finanziellen Eckdaten beider Systeme sowie deren grundsätzliche Machbarkeit umfassen.

Das ist wohl das Mindeste, was man auch in so einer kurzen noch vor uns liegenden Zeit verlangen kann. Das ist einmal sozusagen zum Formalen. Aber wir stehen nicht an, und ich darf da wieder einen Kronzeugen aus dem Bereich der Sozialdemokratie zitieren, es ist unser Herr Bundespräsident, wir haben auch inhaltlich uns zu bekennen und wir tun das namens der Volkspartei. Wir glauben zu wissen, und wenn die Argumente des Herrn Bundesminister vorliegen, wissen wir das noch sicherer, dass einzig und allein aus den demokratiepolitischen Gründen, die mehrfach dargelegt wurden, aber auch insbesondere aus budgetären Gründen und aus sicherheitspolitischen Gründen kein anderes Wehrsystem für uns derzeit in diesen Zeiten in Frage kommt als ein entsprechend weiterentwickeltes System mit der allgemeinen Wehrpflicht. Es wird sehr viel zu ändern sein, aber das Grundprinzip der allgemeinen Wehrpflicht wollen wir auf jeden Fall gesichert wissen. In diesem Sinne stelle ich den Antrag, diesem Zusatzantrag die Zustimmung zu geben und stelle den Abänderungsantrag, den der Kollege Schneider einbringen will, nämlich an den Gesetzgeber für künftige Abstimmungen zu appellieren, abgeändert als zweiten Zusatzantrag, selbstverständlich wortgleich, aber nicht als Ersatz für den Antrag vom Kollegen Korschelt und für unseren Zusatzantrag. Ich bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker:** Wenn ich es jetzt richtig zusammenfasse, gibt es einen Abänderungsantrag, den wir natürlich vor dem... nein, zuerst einen Abänderungsantrag, es gibt einen Abänderungsantrag vom Schneider eingebracht, dann gibt es einen Zusatzantrag 1 von euch und dann 2. Jetzt frage ich den Herrn

Schneider, ob er den Abänderungsantrag trotzdem aufrecht erhält? Können wir das kurz beraten? Ok, dann bitte ich dich zu Wort.

GR. **Schneider:** Der Abänderungsantrag bleibt aufrecht, weil das keinen Sinn mehr gibt, was ihr hier wollt. Also besonders ist Verteidigungsminister Darabos die falsche Adresse, sondern die richtige Adresse wäre das Innenministerium, das ja verantwortlich für die Abwicklung der Volksabstimmung ist, das ist einmal der erste Punkt und im Übrigen finde ich das ganz im Ernst gut, dass ein Ressortleiter doch noch vorgeben darf, was passiert in einem Ressort. Und zwar ganz besonders in dem Ressort. Ich finde es gut, dass ein ziviler Ressortleiter und eine zivile Regierung den uniformierten Soldaten die Befehle erteilen, muss ich leider sagen. Und stellt euch einmal was anderes vor, stellt euch einmal vor, und man findet sicher im Finanzministerium Ökonominnen und Ökonomen, die eher die nachfrageorientierte Ökonomie unterstützen und nur weil es die gibt in diesem Ressort, muss jetzt die Frau Ministerin Fekter sowohl für die Einhaltung der Maastricht-Kriterien als auch dagegen eintreten, was soll das, das ist doch völlig unlogisch. Oder, stellt euch einmal vor, es gibt im Landwirtschaftsministerium Beamtinnen und Beamte, die es nicht so schlimm finden würden, wenn man gentechnisch verändertes Saatgut ausbringen würde auf Österreichs Feldern. Ja nach eurer Logik führt das dazu, dass dann der Herr Landwirtschaftsminister sowohl für das eine als auch für andere werben müsste, also mit Verlaub, deswegen geht unser Antrag auch dahin, dass man eine klare gesetzliche Regelung findet, wo bei allen Volksbegehren ganz klar von vornherein geregelt ist, wie da zu verfahren ist und insofern bleibt der Abänderungsantrag jetzt auch aufrecht (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Korschelt**: Ja, Kollege Schneider, Sie haben mich wieder einmal grundsätzlich falsch verstanden oder falsch verstehen wollen. Der Antrag geht nicht dahin, dass man den Minister an irgendwas bindet, dass man ihm irgendwas vorschreibt, sondern der Antrag geht, dass er seine Beamten, die ihm in einer Befehlskette unterstellt sind, dass er die nicht bindet, um das geht es dann. Dass er das freigibt und jeder Offizier oder jeder Unteroffizier kann seine Meinung dazu äußern, wenn es Offiziere gibt, die für das Berufsheer sind, so wie die, leider muss ich sagen, für mich auch eine Enttäuschung der Militärkommandant der Steiermark, der wahrscheinlich aus karrierepolitischen Überlegungen auf einmal versucht hat, die Kurve zu kratzen, aber ich nehme es ihm nicht übel, aber die Masse der Offiziere und Unteroffiziere im Heer, die mir bekannt sind, sind sicher durchgehend für die Wehrpflicht und das kann ich niemandem verbieten und um das geht es eigentlich. Es geht nicht darum, dass man dem Minister etwas vorschreiben will, sondern es geht darum, dass es eben den nachgesetzten oder nachgeordneten Dienststellen möglich ist, auch ihre Meinung dort zu veröffentlichen. Und dann das andere, es geht, der Kollege Piffel-Percevic hat das ja auch gesagt, in Zukunft ist ja nichts einzuwenden, dass man bei jeder Volksbefragung oder Volksabstimmung einen Katalog pro und kontra, nur wenn man das jetzt heute beschließen, dann ist die Abstimmung schon längst über die Berge, ich nehme an, in unserem positiven Sinne, dass die Wehrpflicht gesiegt hat, aber trotzdem sollte es nicht so sein, dass man das jetzt auf den Sankt-Nimmerleinstag hinausschiebt und sagt, jetzt machen wir ein Gesetz, inzwischen ist diese Abstimmung schon längst gelaufen. Uns geht es hauptsächlich darum, um die Meinungsfreiheit innerhalb des Militärs, die nicht von einem Befehlshaber, in dem Fall von einem zivilen Befehlshaber verordnet werden soll und das Zweite sind wir vollkommen dafür, aber es sollte eben nicht jetzt geschehen, sondern in weiterer Folge, wenn die Abstimmung einmal, wie wir hoffen, siegreich ausgegangen ist, dann kann man sich darüber unterhalten, ob es sinnvoll ist, und wir glauben, es ist sinnvoll eben, dann nur mehr Volksabstimmungen mit einem Katalog pro und kontra durchzuführen. Wobei wir auch diesmal erhoffen, es ist ja angekündigt worden von der Bundesregierung, dass es einen Katalog gibt, wo die Argumente so und so

dargestellt werden, wo sich dann die Bevölkerung daraus ihre oder seine Meinung bilden darf. Danke und ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

Der Abänderungsantrag von GR. Schneider wird mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Zusatzantrag von GR. Dr. Piffl-Percevic wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Zusatzantrag von GR. Schneider wurde mit Mehrheit angenommen.

8) Kurztickets

GR. Ing. **Lohr** stellt namens von ÖVP, SPÖ, Grünen, KPÖ, FPÖ und BZÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Hier darf ich einen gemeinsamen dringlichen Antrag aller Parteien einbringen, es geht um Kurzfahrkarten für den öffentlichen Verkehr. Ich bedanke mich schon bei allen Kollegen, die da mitgehen, und es hat ja heute schon einen Antrag bezüglich Jugendkarte gegeben und der beleuchtet jetzt, der jetzige Antrag, das Segment einer Kurzstreckenkarte. Zahlreiche Bürgergespräche haben ergeben, dass bei der Tarifgestaltung der Holding Graz Linien hier ein Handlungsbedarf besteht.

Gegenwärtig ist es nur möglich, als billigste Tarifvariante eine 1-Stunden-Karte um zwei Euro zu erwerben. Bin ich schon hingewiesen worden, es gibt natürlich auch den 10er-Block, aber der Mangel ist ja, wenn jetzt schlechtes Wetter herrscht und ich schnell einmal in die Straßenbahn beispielsweise hineinhüpfen will und für zwei Stationen fahren möchte, da sind die zwei Euro sicher überhöht. Informative Gespräche mit Mitarbeitern der Holding Graz Linien verstärken den Eindruck, dass die Notwendigkeit für so ein Kurzticket besteht. Wir haben dann eine längere Diskussion mit allen Parteien geführt und ich darf jetzt den gemeinsamen Antragstext hier kurz und bündig vorstellen.

Ich stelle folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen ReferentInnen des Stadtsenates werden ersucht, mit der Holding Graz Linien sowie mit dem Steiermärkischen Verkehrsverbund in Kontakt zu treten. Ziel dieser Gespräche soll die Prüfung weiterer Ticketvarianten durch den Steiermärkischen Verkehrsverbund sein. Hierbei soll besonderes Augenmerk auf die Möglichkeit von flexibel gestalteten Kurztickets gelegt werden (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Zu diesem dringlichen Antrag, der übrigens eingebracht wird von ÖVP, Grünen und FPÖ, brauchen wir keine dringliche Diskussion, deswegen, jetzt ist die Veränderung oben, jetzt sind alle oben, wir brauchen keine Diskussion der Dringlichkeit, wir kommen gleich zur Diskussion des Antrages.

GR. Ing. **Lohr**: Danke für die Unterstützung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9) Nutzung von Abwärme – Energiekonzept

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Sehr geehrte Damen und Herren! Südlich von Graz befindet sich das Gas-Dampf-Kraftwerk Mellach, das bald Strom und Wärme für den Großraum Graz zur Verfügung stellen wird. Die Wärme, welche als hoch erhitztes Wasser bei ungefähr 130 °C bei den Stromproduktionsprozessen frei wird, wird in das Fernwärmenetz eingespeist (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) und kann damit einem nicht unerheblichen Nutzen zugeführt werden. Somit können mit dem Kraftwerk bis zu 400 Megawatt thermische Energie nutzbar gemacht werden. Nun muss man einerseits feststellen, dass es sich hierbei keineswegs um „grüne“ Energie handelt, denn immerhin wird die Wärme mit Verfeuerung von Gas erzeugt, aus der wiederum hoch erhitztes Wasser beziehungsweise elektrischer Strom erzeugt wird. Dabei entstehen natürlich Abfallprodukte wie Schwefeldioxid, Flugasche, Stickstoffdioxid und Staub.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Darstellung des Kraftwerks als Heilsbringer für die Fernwärme. Zwar sind 400 MW thermische Energie ein enormes Potenzial für das auszubauende Fernwärmenetz unserer Stadt, doch muss man wissen, dass bei zunehmender Länge der Leitungen natürlich auch die Temperatur des damit transportierten Wassers abnimmt. Insofern ist der zusätzliche Nutzen dieser aus dem Stromerzeugungsprozess ausgekoppelten Wärme relativ. Vor allem deshalb, weil

man sich beim Bau der Fernwärmeleitungen – damals noch vom reinen Gas-Kraftwerk Mellach – keine groß dimensionierten Leitungen leisten wollte. Zwar wurden neue wiederum durchschnittlich dimensionierte Leitungen vom neuen Kraftwerk weg gelegt, diese münden allerdings ins Netz der alten Leitungen. Das heißt, dass man diese potenzielle 400 MW thermische Energie gar nicht nutzen könnte, da sie das Netz nicht aufnehmen kann. Möchte man den Menschen also langwierige und kostenintensive Bauarbeiten ersparen, bleibt nur eine Möglichkeit, die Fernwärmeanschlüsse in den nächsten Jahren um ein Vielfaches zu erhöhen. Die Regionalisierung der Versorgung beziehungsweise der Einspeisung in das Netz ist die Folge. Dies kann dadurch erreicht werden, indem man die Abwärme von verschiedenen Industriebetrieben um Graz nutzbar macht. Das Kraftwerk Mellach würde den Süden von Graz versorgen, denn dazu reichen die Kapazitäten der Leitungen. Im Norden ist es vorstellbar, die Abwärme der Zellstofffabrik *sappi* in Gratkorn in das Leitungsnetz einzuspeisen. Bei potenziellen 400 MW Wärmeenergie durch die Nutzung von bisher verpuffter Abwärme könnte man somit 10.000 Haushalte im Norden von Graz versorgen. Für die Energie Graz bedeutet das ein tolles Geschäft, was sich natürlich auch in den Preisen für die Grazer Bürger niederschlagen wird und das ist wiederum so interessant, dass die gesamte Stadtregierung und die Gemeinderäte nur schwätzen und nicht zuhören wollen. Das Angebot der Firma *sappi* besteht zwar schon seit längerem, doch für Verbund und Estag hieße das einen beträchtlichen Verdienstentgang.

Das Stahl- und Walzwerk Marienhütte, dessen Abwärme zurzeit optimal zur Speisung der Fernwärmeleitungen genutzt wird, sollte die Versorgung eines Teils des Westens der Stadt übernehmen. Das bedeutet kürzere Leitungswege, damit verbunden weniger Reparaturen und Aufbereitung, was sich wiederum im günstigeren Preis bemerkbar macht. Darüber hinaus käme ein solcher Schritt wieder der Energie Graz zugute.

Mit all diesen Schritten erwiese sich die Stadt Graz wirklich als Vertreter der Interessen ihrer Bürger und Bürgerinnen. Die Menschen müssten weniger zahlen und sind unabhängig von den Energieriesen Verbund und Estag, die Strom und Wärme zu Preisen verkaufen, die jenseits der Preise liegen, die möglich wären.

Daher stelle ich folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die verantwortlichen Stadtsenatsmitglieder prüfen die Möglichkeiten zur Umsetzung der im Motivenbericht ausführlich beschriebenen Maßnahmen. Ich bitte um Annahme.

GR. Dipl.-Ing. **Linhart** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren! Obwohl der Abend schon ziemlich vorgerückt ist, lieber Herr Schröck, ich muss dir eines sagen, ich wünsche dir einen wunderschönen guten Morgen. Weil mit diesem Antrag hast du bewiesen, dass du von dem Zustand unseres Fernwärmenetzes keine Ahnung hast und die Entwicklung vollkommen verschlafen hast. Wäre er vor zehn Jahren gestellt worden, dann hätten wir sicher gerne zugestimmt, aber so sicher nicht. Ich möchte dir aber gratulieren, dass du deinen ursprünglichen Antrag von einem, der natürlich von totaler Unkenntnis der Sachlage strotzt, dass du zumindest einen der Technik leicht mit Basiswissen, dass du den überarbeiten hast lassen, weil zumindest sich keine sachlichen Fehler mehr drinnen findet. Dass ein Gaskraftwerk nicht Flugasche, Staub und Schwefeldioxid emittiert, liegt in der Sache der Natur und das Kraftwerk ist auch ausgestattet mit Entstickung und da hat auch dein Berater ein bisschen geschlafen, der ist auch noch nicht aufgewacht. Ich möchte dir eines sagen, die Holding Graz, die ist da recht munter und die hat sich klar bekannt zu Alternativenenergien. Energieträger wie Strom, wie Gas und wie Fernwärme, die

werden sehr wohl so hergenommen, dass sie erneuerbare Anteile drinnen haben wie zum Beispiel Murkraftwerke Gössendorf oder Graz usw. Die Fernwärme, zum Beispiel die Puchwerk-Fernwärme, die Marienhütte, die sind schon längst eingebunden und die Solaranlage in Andritz und im Stadion ist auch schon längst miteingebunden. Also, lieber Herr Kollege Schröck, bitte sind Sie mir nicht böse, dass wir dem Antrag weder in der Dringlichkeit noch inhaltlich zustimmen werden (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste, die noch da sind, liebe Georg! Ich meine, du weißt eh, ich habe dir das auch persönlich gesagt, dass dieser Antrag einige physikalisch hochinteressante und auch physikalisch sehr amüsante Höhepunkte enthalten hat. Du hast mir wirklich den Abend gestern zu einem sehr lustigen gemacht, wie ich das gelesen habe. Aber mittlerweile wurde das ja korrigiert, sodass das jetzt ein Antrag ist, dem man auch zustimmen kann, auch wenn einige Punkte nicht total perfekt sind, aber man kann dem Antrag jetzt zustimmen und ich möchte aber ein bisschen weitergehen. Grundsätzlich müssen wir uns keine Sorge machen, dass wir in Graz zuwenig Fernwärme haben, wir sind da auch sehr fleißig unterwegs bei der Abwärmenutzung und natürlich auch bei der Solarnutzung, die der Herr Kollege Linhart schon erwähnt hat, und da muss ich aber schon anmerken, dass das ganz so freiwillig nicht passiert. Auch nicht seitens der Energie Graz, sodass es da sehr, sehr viel und hohen Energieaufwandes, gerade seitens der Grünen, bedurfte, damit diese Großsolaranlagen so sind, wie sie heute sind und wir sehen es jetzt auch wieder beim Großsolarspeicher, wo wieder das nur dann passiert, wenn entsprechend politischer Druck dahinter steht. Ein Punkt, der tatsächlich offen ist, weil, wie gesagt, Marienhütte ist geklärt, CMSD kommt jetzt im Antrag nicht mehr vor, aber dort wird auch schon seit sehr langer Zeit die Abwärme genutzt und versorgt Graz zu 10 % mit Fernwärme. Ein Punkt, der aber tatsächlich offen ist und wo es schon seit Jahren Verhandlungen gibt, auch seitens des Umweltamtes, ist die Fernwärmelieferung durch die Firma Sappi im Norden von Graz,

wo auch im Rahmen der Papierproduktion eine große Menge an Fernwärme entsteht, die wir sehr gerne nach Graz holen würden, um besonders dann den Norden von Graz zu versorgen. Und deshalb stelle ich folgenden Zusatzantrag, falls dem genannten Antrag vom Herrn Gemeinderat Schröck die Dringlichkeit vom Gemeinderat zuerkannt wird, stelle ich im Namen des grünen Gemeinderatsklubs folgenden Zusatzantrag:

„Bürgermeister Nagl wird ersucht, dem Gemeinderat über die Ergebnisse der Verhandlungen mit der Firma Sappi zur Abwärmenutzung in der Gemeinderatssitzung im November 2012 zu berichten.“ Ich bitte um Annahme des Zusatzantrages (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Schröck:** Danke, Gemeinderat Linhart, für die erschöpfende Antwort. Dank deinen Ausführungen werde ich sicher gut schlafen heute und danke vor allem der Kollegin Pavlovec-Meixner, die hier sich intensiv und sehr gut eingebracht hat und danke vor allem für die Zustimmung, die sich hier abzeichnet.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Zusatzantrag von GR.ⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner wurde mit Mehrheit angenommen.

10) Pro-Transparenz und Pro-Bürgerbeteiligung für unsere Grazerinnen und Grazer mittels eines laufend zu veröffentlichenden Gebarungsberichts der Stadt Graz

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben de facto ja in jeder Sitzung das Thema direkte Demokratie, Bürgerbeteiligung, wir haben heute ganz explizit das Thema Wohnen im Park und die Schieflage, die einfach die Politik gegenüber den Bürgern zusammengebracht hat, thematisiert. Um die Bürger aber zu beteiligen, um die Bürger in die Entscheidungsprozesse reinzuholen, bedarf es aber, dass entsprechende Basisinformationen wirklich transparent den Bürgern mitgeteilt werden. In diesem Zusammenhang steht mein Antrag Pro-Transparenz auch hinsichtlich der finanziellen Gebarung der Übermittlung von Gebarungsberichten in periodischer Form der Stadt Graz an die Bürger, die jedem wirklich am PC online zur Verfügung gestellt werden sollen. Wir sehen in jeder politischen Debatte, dass die Finanzen natürlich ein ganz zentraler Punkt sind in den Entscheidungsprozessen, dass die Ressourcen begrenzt sind, immer begrenzter werden und dass der Rucksack, den wir unseren Kindern und Kindeskindern aufschultern durch unsere Entscheidungen hier im Gemeinderat, schon ein sehr großes Volumen hat und sie sicherlich die nächsten Jahre und Jahrzehnte enorm belasten wird. Ich habe auch zur Kenntnis nehmen müssen in den fünf Jahren hier im Grazer Gemeinderat, dass es mir nicht in ausreichendem Maße gelungen ist, hier wirklich Sparsamkeit und Haushalten wirklich hier in die Entscheidungsprozesse reinzubringen und dass leider Gottes Klientelpolitik und ganzheitliche Verantwortung sich eher ausschließen als vereinbar darstellen. Stattdessen erleben wir gerade jetzt in Vorwahlkampfzeiten, wie sehr viel Geld, Millionenbeträge, die zuvor den BürgerInnen aus der Tasche gezogen worden sind, in den Wahlkampf gesteckt werden, um die Bürger zu einer Abstimmung zu bringen, die den Auftraggebern gemäß ist, aber ich glaube, das wird nicht so entsprechend ausfallen. Für ernsthaftes Haushalten mit den eingenommenen Steuern und Abgaben der Grazer wäre eine Mehrheit hier im Gemeinderat unverzichtbar, die fehlt aber

leider Gottes. Ich habe daher Ihnen, euch, als KollegInnen im Grazer Gemeinderat daher ein Angebot zu unterbreiten, zumindest einen Fortschritt zu erzielen, nämlich den nachfolgenden Pro-Transparenz-Beschluss wirklich herbeizuführen.

Um dem Grazer Gemeinderat die Möglichkeit zu geben, sowohl das Reelle als auch die Bürgerbeteiligung in der Politik zumindest ein kleines Stück zu fördern, hilft es erheblich, mehr Transparenz in die laufende Finanzgebarung der Stadt Graz zu bringen, die ist den meisten Bürgern völlig unbekannt. Nachdem die von mir beantragte sichtbar-lebendige Transparenz in Form von Direkt-Liveübertragungen im Internet der Grazer Gemeinderatssitzung trotz eines erfolgreichen dringlichen Antrages bisher nicht umgesetzt worden ist und nachfolgenderweise abgewürgt wurde, denke ich, das wäre zumindest ein Minimalansatz, um die Bürger wieder stärker mit ins Boot zu holen, mit in die Entscheidungsprozesse hineinzunehmen.

In diesem Zusammenhang stelle ich als unabhängiger Gemeinderat nachfolgenden

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz möge Herrn Bürgermeister Mag. Nagl ersuchen, die städtische Verwaltung, insbesondere die mit der Finanzgebarung verbundenen Stellen, zu beauftragen, die Gebarung der einzelnen Verantwortungsbereiche der Stadtsenatsreferenten transparent und verständlich aufzubereiten, dass laufend periodengerecht und somit in Monatsabständen Budgetansätze sowie die erzielten Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben auf unserer [www.graz.at-Seite](http://www.graz.at) veröffentlicht werden.
2. Dadurch soll auch das Ziel verfolgt werden, die ordentliche wie die außerordentliche Gebarung der Stadt Graz in einer zumindest hinreichenden Auflösung und Zuordnung unseren GrazerInnen konkret und zeitnah zugänglich zu machen, auch im Sinne von Open-Government-Data.

Bitte um Zustimmung.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** zur Dringlichkeit: Lieber Gemeinderat Mariacher! Das Anliegen nach mehr Transparenz und auch mehr Darstellung vom Budgetvollzug ist ein großes Anliegen, das wir auch alle sehr teilen. Ich fürchte nur, dass du mit deinem Antrag einfach zu weit gehst und zwar einfach Dinge verlangst, die wir derzeit nicht leisten können. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir in dieser Periode eingeführt haben, dass wir vierteljährlich, also nicht monatlich, wie du es wünschst, sondern vierteljährlich einen Soll-Ist-Vergleich machen und zwar nicht nur die Stadtverwaltung betreffend, die einzelnen Eckwerte der Abteilungen, wie sich die einzelnen Eckwerte der Abteilung zwischen Ist und Soll, also zwischen Budget und tatsächlich entwickeln, sondern auch die wesentlichen Daten aller Beteiligungen. Diese Berichte werden vierteljährlich im Beteiligungsausschuss vorgestellt. Bitte nicht unterschätzen, wie viel Aufwand es bedeutet, diese Berichte herzustellen, das ist ja nicht so wie bei einem Automaten, dass man oben auf den Knopf eben Soll-Ist-Vergleich vierteljährlich draufdrückt und unten kommt die richtige Darstellung heraus, sondern es bedarf sehr intensiver Koordination und auch sehr intensiver Kommunikation von der Finanzdirektion, einmal mit den einzelnen Abteilungen, aber dann auch mit allen Beteiligungen, um die entsprechenden Daten richtig und rechtzeitig zu bekommen. Aus meiner Sicht wäre es eine völlige Überforderung, bevor das nicht wirklich klappt und bevor das nicht wirklich präzise und genau darzustellen ist und die Mitglieder vom, Sie sind ja meistens auch dabei, die Mitglieder vom Beteiligungsausschuss wissen das, da jetzt auf eine monatliche Darstellung zu gehen. Das ist der Grund, weshalb wir da der Dringlichkeit nicht zustimmen können, weil es für uns jetzt zumal zunächst dringlich ist, diesen vierteljährlichen Vergleich herzustellen. Zusätzlich gibt es ein paar Nebenaspekte zu berücksichtigen, die man prüfen kann, die ich jetzt aber nicht weiter darlegen kann, es ist zum Beispiel die Frage, ob diese Daten alle öffentlich gemacht werden können. Weniger von der Stadtverwaltung, sondern von unseren Unternehmen. Beteiligungsausschuss ist nicht öffentlich, Gemeinderat wäre öffentlich, ich weiß nicht, wie weit da eben nicht auch ein bisschen die Konkurrenzsituation und auch einfach die Daten, der Datenschutz bei unseren Beteiligungen zuschlägt. Das sind Dinge, die man auf jeden Fall klären müsste, die

man auch klären könnte. Aber nochmals, ich kann es nur sagen, ich halte es eigentlich nicht einmal für ein Kostenproblem, wie die Finanzdirektion aufmerksam gemacht hat, sie hat aufmerksam gemacht, wenn wir auf einen monatlichen Bericht übergehen sollen, dann ist es eine Kostenfrage. Ich glaube nicht einmal, dass es eine Kostenfrage ist, es ist schlicht nicht herstellbar, weil wir das nicht einseitig aufstellen können, wir sind angewiesen auf alle Abteilungen und auf alle Beteiligungen und das ist eben, wie gesagt, ein sehr, sehr großes Projekt. Wir haben es in dieser Periode geschafft, dass wir so ungefähr hinkommen vierteljährlich, ich würde einfach bitten, bevor das nicht perfekt ist, diese vierteljährliche Darstellung, dass die monatliche Darstellung nicht sehr viel Sinn und Zweck hat. Aus diesem Grunde, wie gesagt, keine Dringlichkeit (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Auf der einen Seite sehe ich gerne in die Zukunft. Mag sein, dass mein Anspruch hier im Antrag formuliert, in Monatsabständen so etwas zu verlangen, derzeit zu ambitioniert ist. Das verstehe ich auch und das habe ich auch in den Beteiligungsausschüssen so gesehen, dass die Linie in die Richtung geht, aber dass wir noch nicht so weit sind. Ich werde da in dem dringlichen Antrag diesen Passus „und in Monatsabständen“ rausnehmen unter Punkt 1, dass es reicht „periodengerecht“. Wichtig erscheint mir wirklich dieser Schritt rauszugehen mit der Kommunikation zu den Bürgern, die Sachen wirklich transparent darzustellen, was in der Stadt im Finanzbereich läuft auch unterjährig und das wäre ja mit quartalsmäßig, sage ich einmal, in einer ersten Stufe wirklich erreicht und dieses Begehren wirklich auf den Weg zu bringen, weil das kann man nur mit einem dringlichen Antrag, dass man diese Sache wirklich beschleunigt angeht und umsetzt und wirklich diese Nähe im Sinne von Transparenz mit den Bürgern diesen Schulterschluss findet. Bitte daher die Vorsitzführung das „und in Monatsabständen“ zu streichen und somit den Antrag dem Gemeinderat vorzulegen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich denke nicht, dass das statutenmäßig möglich ist, im Schlusswort den dringlichen Antrag zu ändern, kann ich mir nicht vorstellen, weiß ich nicht. Aber es gibt auch ein inhaltliches Argument dagegen, weil nochmals die quartalsmäßige Darstellung haben wir, sie ist nur nicht perfekt, sie wird aber weiterhin perfektioniert, das ist unser großes Anliegen, der ist erst recht nicht dringlich, das ist inhaltlich. Aber nochmals formal, wird das, denke ich, nicht möglich sein.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Also, ein dringlicher Antrag kann im Schlusswort nicht geändert werden, deswegen ist er jetzt so eingebracht, wie er eingebracht wurde.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.